





# Dengs Vermächtnis für Chinas Weg in die Zukunft

Er kokettiert damit, keine Entscheidungen mehr zu treffen. Und doch stellt kein anderer als Deng Xiaoping die Weichen in China. Für den Parteitag im Herbst heißt das: Die dritte Führungsgeneration tritt an. In einer neuen Veröffentlichung hat Deng nun kam noch Fragen über seinen Kurs offengelassen.

Von JONNY ERLING

Deng Xiaoping kam vor der Beraterkommission des Zentralkomitees gleich zur Sache und damit auf sich zu sprechen. „Die Presse im Ausland schreibt, was für eine große Rolle ich hier spiele.“ Natürlich sei er, Deng, nicht ohne Bedeutung, aber die Hauptlast der Arbeit trage inzwischen das Zentralkomitee. „Gloryfiziert mich nicht, denn sonst bekräftigt ihr im Ausland die Sorge, oh sich unsere Politik ändert, wenn ich nicht mehr bin.“ Das war im Oktober 1984.

Zum Jahresanfang 1985 hat der chinesische Spitzenpolitiker, so wie er es schon einmal 1983 tat, eine Reihe von vertraulichen Reden unter dem Titel „Der Aufbau eines Sozialismus chinesischer Art“ in Peking veröffentlichten lassen. Mit dem Sammelband, der bis November 1984 reicht, unterstreicht er nicht nur seine Stellung als die Nummer eins des Milliardenvolkes. Wo sein Denken vor zwei Jahren noch geprägt war vom Prinzip des Ordnungschaffens, stellt sich Deng nun massiv hinter die Wirtschaftsreformen und bereitet einen umfassenden personellen Wechsel in der Führung vor. Den im Fluchton vorgetragenen Überlegungen bescheinigte die Partypress, „ein Baustein der kollektiven Weisheit des Zentralkomitees“ zu sein.

Einen Einblick, wie es dort zugeht, hatte Chinas Premier Zhao Ziyang 1984 erstmals dem amerikanischen Professor Doak Barnett geboten. Die traditionellen Machtzentren haben sich verschoben. Weder das 27köpfige Politbüro noch die sechs Mitglieder des Ständigen Ausschusses tagen regelmäßig. Politische Entscheidungen werden vom Sekretariat unter Generalsekretär Hu Yaobang und von der Gruppe der Staatsräte unter Ministerpräsident Zhao Ziyang getroffen. Zhao Ziyang gab Barnett die Botschaft mit auf den Weg: „Unter der Ägide Deng hat eine neue Generation chinesischer Führer das Ruder übernommen. Die Älteren sind in den Hintergrund getreten.“

Vor diesen älteren Führern, der Senorenkommission des Zentralkomitees - Deng ist Vorsitzender des von ihm 1980 geschaffenen Stabes -, zeigt sich der achtzigjährige Spitzenpolitiker im Oktober 1984 zunächst amtsüde, um dann aber anzukündigen, er werde die Berater in den Ruhestand schicken. „Unser Komitee ist eine Übergangsform, die ultima ratio aber das Pensionssystem.“

Sein Zweiteigenspann, Zhao Ziyang und Hu Yaobang, die erfolgreiche Tagespolitik managen, sind ihm als Nachfolge-Garantie zu wenig. „Manche sagen, solange sie da sind, wird sich unsere Politik nicht ändern. Das ist schon richtig. Aber der eine ist 69 und der andere 65, beides Leute, die auf die 70er zugehen. Wir aber wollen

der Welt klarmachen, daß unser jetziger Kurs von niemandem geändert werden kann.“

Deshalb müßten jetzt die Jüngeren, die dritte und vierte Generation, auf die Posten gehoben werden. Laßt sie ran, drängt Deng. „1971 war ich 23, als man mich zum ZK-Sekretär machte. Da wurde ich ein hohes Tier, obwohl ich von nichts eine Ahnung hatte, und es ging doch auch.“ Jetzt sei es für ihn und die anderen Zeit, weniger zu tun.

Gegenüber Barnett betonte Zhao Ziyang aber ausdrücklich, Deng bleibe die oberste Autorität im politischen Entscheidungsprozeß. Bo Yibo, stellvertretender Vorsitzender der Beraterkommission, kündigte an, daß auf der im September 1985 stattfindenden Parteikonferenz das Politbüro durch Einzuwahl von Mitgliedern im Alter von 30 bis 50 Jahren verjüngt werden soll. Deng habe schon seine Vorstellungen, wer den Kern der dritten Führungsgarnitur bilden solle: die Vizepremier Tian Jiyun und Li Peng, ebenso wie Hu Qili und Wang Zhaoguo.

Das neue Kleeblatt ist gut gewählt. Li Peng hat sich auf Energiepolitik spezialisiert und seine Spuren auf Auslandsreisen, darunter auch in die Bundesrepublik zur Unterzeichnung eines Nuklear-Abkommens, verdient. Tian Jiyun machte bei der Ausarbeitung der Preisreform von sich reden. Hu Qili, Mitglied des ZK-Sekretariats und Stellvertreter Hu Yaobangs, hat das Vertrauen der Intelligenz und der Künstler, und hinter dem 44jährigen Wang Zhaoguo, jüngster Direktor des ZK-Büros, steht die neue Technokratie.

Deng ist offenbar der einzige Staatsmann in der Welt, der sein Land so fest in der Hand hat, daß er damit kokettieren kann, an allen Entscheidungen unbeteiligt zu sein. Er habe, unterteilt Deng vor dem Altstenrat, seit 1983 ohnehin nur drei Dinge in die Wege geleitet: die Kampagne gegen die Kriminalität, die Öffnung von 14 Küstenstädten Chinas und die Lösung der Hongkong-Frage durch seinen Vorschlag, China von nun an für mindestens 50 Jahre als ein Land mit zwei Gesellschaftssystemen zu verstehen.

## Ein Land mit zwei Gesellschaftssystemen

Seinem Vorschlag, die Küstenstädte zu öffnen, ging eine Inspektionsreise durch die vier Wirtschaftszonen voraus. In der Rede vor ZK-Führern im Februar 1984 zeigt er sich nach seinem Besuch deutlich beeindruckt. „Die Wirtschafts-Sonderzonen sind unser Fenster zur Technik, zur Verwaltung, zum Wissen und zum Ausland.“ Alles gehe bei ihnen schneller als im übrigen Land, ihre Lösung sei „Zeit ist Geld, Effektivität das Leben“. Stolz berichtet er, Chinesen, die nach Hongkong geflohen seien, würden zurückkehren, denn in den Sonderzonen fänden sie nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch guten Lohn. Mit der Rückkehr von Flüchtlingen ist bislang in keinem anderen sozialistischen Land für eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung plädiert worden.

Neben der ökonomischen Argumentation schwingt nun der nationale



Chinas großer alter Mann abseht den Jungen den Weg: Deng Xiaoping

le Appell mit, der auch die kapitalkräftigen Auslandschinesen erreichen soll. Chinesen, ob für oder gegen die Kommunisten, seien in erster Linie Patrioten. Seit der Lösung der Hongkong-Frage verstärkt Deng diesen Appell auch gegenüber Taiwan. Tian Jiyun nennt er die Wiedervereinigung nicht mehr „ein Problem zwischen dem Festland und Taiwan“, sondern eine internationale Frage. Im November sagt er seinen Militärs: „Taiwan ist das hauptsächlichste Hindernis zwischen uns und den USA. Es könnte sich, wenn wir nicht zu einer Lösung gelangen, zu einem explosiven Problem entwickeln.“ China setze auf die friedliche Wiedervereinigung nach der Formel: ein Land mit zwei Systemen. Taiwan dürfe dabei auch seine Truppen behalten. Aber Deng macht deutlich, daß China nicht auf die Gewaltoption verzichtet.

Taiwan hat auf diese Offensive grimmig reagiert. Es sei die bewährte Umarmungsstrategie der Kommunisten, der das Ausland auf den Leim gehe. Allerdings kann auch der Erbschaft nicht verhehlen, daß sich unter Deng gewaltige Veränderungen in China vollzogen haben.

Neue Akzente setzt Deng mittlerweile auch in seiner Sicht der Weltlage. Dem brasilianischen Präsidenten nennt er im Mai 1984 nach dem Erhalt des Friedens und dem Prinzip des Anti-Hegemonismus erstmals die Nord-Süd-Frage als vordringliches Problem. China befrworte den Nord-Süd Dialog, der allerdings durch die Kooperation der Entwicklungsländer ergänzt werden müsse.

Im Gespräch mit dem Präsidenten Burmas führt er diesen Gedanken weiter. Zwar würden die reichen Industrieländer derzeit immer reicher und die Armen immer ärmer, aber der Norden sei auf den Süden angewiesen. „Das größte Problem des heutigen Kapitalismus ist die Frage seines Wachstums.“ Der Norden brauche die Entwicklungsländer als Märkte. China biete sich als blockfreies Land an. „Wir spielen weder die amerikanische noch die sowjetische Karte, und wir werden niemandem

erlauben, die chinesische Karte zu spielen.“

Deng wird nicht müde, zu versichern, daß der Wirtschaftsaufbau die kommenden Jahrzehnte in China bestimmen soll. Einen Monat nach der Verkündung eines radikalen Wirtschafts-Reformprogramms stellt er sich im November vor den skeptischen Militärs mit seiner Autorität als militärischer Oberbefehlshaber hinter die Reformen und geht aus der Reserve. Er sei jetzt sicher, das Ziel einer „kleinen Wohlstandsgesellschaft“ bis zum Jahre 2000 zu erreichen. Die Zeit für Reformen sei da.

## Die Preisreform, das Herzstück der Reformen

Während Zhao Ziyang im Oktober für die Industriereform eine Zeitspanne von fünf Jahren ansetzt, drängt Deng zur Eile. In drei Jahren lasse sie sich schon beurteilen. „Diesmal können wir es getrost wagen, den Tiger am Hintern zu packen.“ Natürlich sei ein wenig Gefahr dabei. „In Peking und vielen anderen Städten kam es zu Hamsterkäufen.“ Aber das ZK habe damit gerechnet, als es bekanntgab, eine radikale Preisreform - das Herzstück der Reformen - zu beginnen. Deng: „Die Leute sahen, daß die Läger voll hieoben, und sie haben sich wieder beruhigt.“

Die Militärs setzt er unter Druck, dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen. Die Luftwaffe soll verstärkt ihre Flugplätze und Maschinen zu zivilem Gebrauch bereitstellen, die Marine ihre Kriegshäfen, die Fabriken der Landesverteidigung mehr Konsumgüter produzieren. Als Trost für die gebeutelte Armee macht der Oberbefehlshaber seine Rechnung auf: Die Verrieselung des Bruttoproduktionswertes bis zum Jahre 2000 sei nach den derzeitigen Wachstumsraten gewährleistet, und davon werde auch die Armee profitieren.

Deng, der Mann, der keine Entscheidungen mehr trifft? Seine nun veröffentlichten Reden und die Fakten der letzten Monate zeigen, daß er seine überragende Rolle nicht leugnen kann.

# Der „Goldene Bär“ sonnt sich wieder im alten Glanz

Wie einst in den fünfziger und sechziger Jahren werden sich in Berlin wieder zahlreiche Stars die Hände schütteln. Die 35. Berliner Filmfestspiele, die morgen beginnen, können durchaus mit Cannes konkurrieren; Venedig haben sie längst hinter sich gelassen.

Von M. v. SCHWARZKOPF

Ein Filmfestival in Berlin - und das nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Manchem mag dieser Vorschlag damals 1950 sonderbar erschienen sein. Doch der amerikanische Filmoffizier Oskar Martay nahm die Idee von Alfred Bauer, Berlin auch mit Hilfe eines internationalen Festivals wieder zum Filmzentrum Deutschlands zu machen, mit Begeisterung auf. Als Dritter im Bunde gesellte sich der Journalist Manfred Barthel hinzu, der im September 1950 die Filmfestspiele in Venedig besucht hatte und nun alles daransetzte, um auch Berlin wieder zu einer Filmstadt werden zu lassen.

Aber der Weg von der Idee bis zur Verwirklichung war dornenreich. Man schrieb den Herbst 1950. Noch immer lag der größte Teil der alten Reichshauptstadt in Trümmern. Es gab kaum mehr Hotels, knapp eine Handvoll Kinos, und vor allem gab es kein repräsentatives Filmtheater.

Alfred Bauer erinnert sich heute, wie damals alles begann: „Oskar Martay wurde der rettende Geist für Berlin. Er stellte das unter amerikanischer Verwaltung stehende Titania-Kino in Steglitz zur Verfügung. Die Mittel für das erste Filmfestival 1951 brachten die Stadt Berlin und die amerikanische Filmsektion gemeinsam auf. Drei Jahre später schon trat die Bundesregierung dann als Mitveranstalterin der Berliner Filmfestspiele auf.“

Am 6. Juli 1951 war es soweit. Die ersten Berliner Filmfestspiele wurden eröffnet. 21 Länder nahmen mit 34 Spielfilmen und 105 Dokumentar- und Kurzfilmen an der „Berlinale“ teil. Den „Goldenen Bären“ errang damals André Cayattes Werk „Schwurgericht“. Außer Wettbewerb lief damals Alfred Hitchcocks „Rebecca“.

Wer heute die Liste der Filme durchblättert, die in jenen frühen Jahren in Berlin gezeigt wurden, als noch eine rein deutsche Jury zusammen mit dem Publikum über die Gewinner abstimmte, stößt auf Namen, die auch jetzt noch jedes Festival schmücken würden. 1952 nahm der Japaner Akira Kurosawa mit „Rashomon“ an der Berlinale teil, Publikumsfavorit Gérard Philipe holte sich als „Fan Fan, der Husar“ den „Silbernen Bären“.

1953 stand Georges Clouzots Klassiker „Lohn der Angst“ auf dem Programm, und Jacques Catties „Die Ferien des Monsieur Hulot“ lief zusammen mit Elia Kazans „Der Mann auf dem Drahtseil“ und Lino Barreto „Die Gesetzlosen“ aus Brasilien im Wettbewerb.

1956 gelang der Berlinale, die bei den Berlinern längst zum sommerlichen Vergnügen ebenso dazugehörte wie ein Eis auf dem Kur'damm, der endgültige Durchbruch in die Spitzenklasse der großen Festivals. Zum erstenmal entschied damals ein Prominentengremium aus Mitgliedern des internationalen Films über die Preise des Festivals. Gene Kellys „Einladung zum Tanz“ war der Sieger

im Ringen um den „Goldenen Bären“, dicht gefolgt von Laurence Olivier „Richard III.“. Und schon ein Jahr später erhielten die Filmfestspiele im neu erbauten Zoopalast ihre endgültige Heimstätte. Es waren jene goldenen Jahre des Festivals, denen Alfred Bauer als Leiter vorstand, als die Stars den Kur'damm hinunterlieferten und sich im Hotel Kempinski die Klipke reichelten.

Im Jahre 1970 fiel der erste Schatten über den Glanz, der bisher in zunehmendem Maße die Berlinale umstrahlte hatte. Wie schon zwei Jahre zuvor in Cannes störten Demonstrationen das Festival und forderten die Abschaffung der Berlinale als Spiegelbild kapitalistischer Verschwendungssucht und Starikults. Die Berlinale mußte vorzeitig abgebrochen werden.

Diese Unruhen führten 1971 zur Gründung des Internationalen Forums des jungen Films als zusätzlichem, eigenständigen Programmteil für vorwiegend politische und experimentelle Filme. 1974 nahm dann erstmals die Sowjetunion an dem Festival teil, wenig später schickten auch andere Ostblockländer ihre Filme nach Berlin.

Mit dem Wandel des Kinos begann sich auch die Berlinale zu ändern. Die Zeit der Stars der großen Filme neigte sich ihrem Ende zu. In den sechziger Jahren wollte die Berlinale den neuen Tendenzen gerecht werden und wurde mehr und mehr ein Filmkunstfestival, ein Forum für Regisseure wie Jean-Luc Godard, für das brasilianische „Cinema Novo“ und die Neue Welle aus Frankreich. Aber auch junge Amerikaner wie Steven Spielberg, der zu Beginn seiner Karriere noch kleine, hüllige Filme drehte, oder Brian de Palma kamen mit ihren Erstlingen gerne nach Berlin, das sich im Gegensatz zu Cannes des Rufs erfreute, sich um junge Talente zu kümmern.

Doch als Alfred Bauer 1976 die Leitung der Festspiele abtrat, drohte die Berlinale auf ein Abstellgleis zu gera-

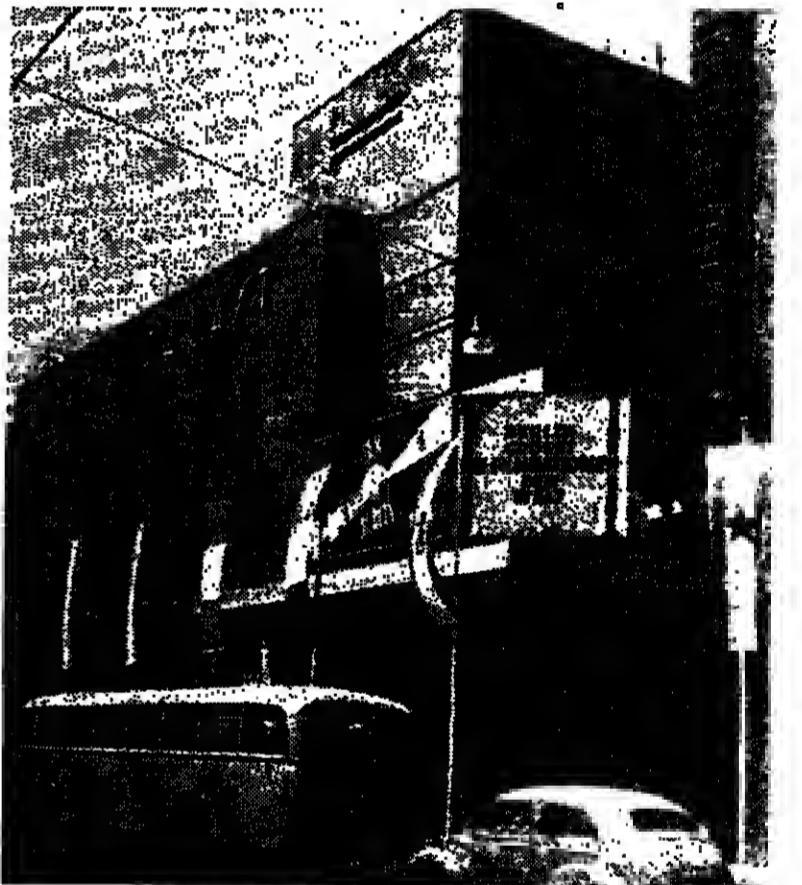
ten. Der Journalist Wolf Donner übernahm die Direktion des Festivals und verlegte es, um sich gegen die Konkurrenz aus Cannes zu wehren, auf den Februar.

Damit hoffte er die Berlinale zu deren ersten Wahl für Regisseure und Produzenten zu machen. Aber das Gegenteil war der Fall. Der Wintertermin schmeckte niemandem sonderlich - und Cannes profitierte davon. Bald hieoben die Stars aus, und als 1979 um den amerikanischen Beitrag „The Deerhunter“ ein Skandal losbrach, von der Sowjetunion inszeniert, da mochten auch die Amerikaner nicht mehr so recht.

Auch Moritz de Hadeln, der 1980 das schwankende Schiff übernahm, hatte zunächst wenig Glück.

Daß Berlin jetzt wieder nach einigen finsternen Jahren durchaus mit Cannes konkurrieren kann und Venedig überflügelt hat, liegt vor allem auch an der Hadelns zähen Verhandlungen mit den großen amerikanischen Filmfirmen, die dieses Jahr zum 35. Jubiläum der Berlinale ihre besten Filme schickten, die noch vor wenigen Jahren unerbittlich nach Cannes abgewandert wären. Und es liegt an den Bemühungen von Kultursenator Volker Hassemer, der 1983 selbst in Los Angeles, der Farmstadt von Berlin, auf Goodwill-Tour ging, um für Berlins wichtigstes Festival zu werben.

Das Ergebnis: Wie einst in den goldenen Jahren unter Alfred Bauer wird in diesen Tagen viel Prominenz an der Spree erwartet. Jean Marais und Faye Dunaway, Astrid Lindgren und Vanessa Redgrave. Da möchte man Alfred Bauer gerne glauben, wenn er in einer Festschrift zum 35. Geburtstag „seines“ Festivals optimistisch vermerkt: „Die Berlinale ist fest im Bewußtsein der Öffentlichkeit verwurzelt und wird von der Bevölkerung mitgetragen... Ihre große Bedeutung für den internationalen Film ist nach wie vor unbestritten.“



Hier begann es: Im Titania-Kino in Berlin-Steglitz.

FOTO: ULLSTEIN



# Unser neuer Sparplan: Der richtige Weg, finanziell vorzusorgen.

Es gibt viele Gründe, finanziell vorzusorgen. Zum Beispiel für ein zusätzliches Einkommen nach dem Berufsleben oder für die finanzielle Absicherung Ihrer Familie. Mit einem **Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz** erreichen Sie Ihr Vorsorgeziel.

- Und so sieht unser Sparplan aus:
  - Sie bestimmen, welchen Sparbetrag Sie anlegen. Einmal oder regelmäßig.
  - Die Vertragsdauer zwischen 8 und 25 Jahren richten Sie danach aus, wenn Sie Ihr Vorsorgeziel erreichen wollen.
  - Sie entscheiden selbst, ob Sie Ihren Sparplan mit einer Risiko-Lebensversicherung kombinieren.

Und das sind Ihre Vorteile:

### Zinsen

Ihre Einzahlungen werden sofort gut verzinst. Zur Zeit mit 6% im Jahr. Über Einzahlungen, Zinsgutschriften und Stand Ihres Vorsorgeguthabens informieren wir Sie regelmäßig.

### Bonus

Sie erhalten am Ende der Vertragsdauer einen Bonus auf Ihr eingezahltes Vorsorgekapital. Zum Beispiel 15% nach 15 Jahren oder 30% nach 20 Jahren. Diesen Bonus sagen wir Ihnen schon heute fest zu.

### Hoher Ertrag

Mit Bonus, Zinsen und Zinseszinsen kann sich Ihr Vorsorgekapital nach heutigem Stand bei regelmäßigen Einzahlungen schon nach 20 Jahren mehr als verdoppeln. Bei Einmalzahlung bereits nach 12 Jahren.

Unsere Kundenberater zeigen Ihnen den richtigen Weg für Ihre finanzielle Vorsorge. Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



# Resignation über die politische Lage im Land

### Öffentliche Podiumsdiskussion in der Dresdner Annenkirche

H.-RÜDIGER KARUTZ, Dresden  
Die evangelischen Christen in der alten sächsischen Hauptstadt, einem Zentrum kirchlicher Friedensarbeit, äußern sich resigniert und zum Teil auch frustriert angesichts der politischen Lage in ihrem Land. Diese Einschätzung ergab sich aus kritischen Anfragen eines überwiegend jungen Publikums bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion der Annen-Kirche am Vorabend des 40. Jahrestages der Bombardierung der Stadt. Dabei war von der „totalen Militarisierung unseres Landes“ und einer anhaltend staatlichen Kindererziehung „zum Haß“ die Rede. Landesbischof Johannes Hempel, 34 Stunden zuvor von Erich Honecker empfangen, warnte vor irgendeiner Selbstaufgabe: „Wir brauchen Geduld, Zähigkeit, Fairneß und Mut – auch in Zukunft.“

Auf Fragen der jungen Menschen, die zu Hunderten das Gotteshaus füllten, um Gästen aus England, Polen und der sächsischen Partnerkirche von Hannover-Braunschweig zuzuhören, äußerte sich Hempel zum ersten Mal öffentlich zu seiner überraschend aber nicht unangelegentlich unterbreiteten Unterredung mit Honecker. Sie war auf Bitten der Konferenz der Kirchenleitungen zustande gekommen und soll im Herbst im größeren Kreis mit Honecker wiederholt werden. In dem Gespräch hatte Hempel das Friedensanliegen der Ostberliner Führung gewürdigt, ließ aber auf noch „offene, ungelöste Fragen“ zwischen Kirche und Staat verweisen und „handhabbare Richtlinien“ für die Gleichberechtigung der Christen angeht.

Hempel ging in der Podiumsdiskussion unter dem Thema „40 Jahre danach“ stand, auch ausführlich auf eine kritische Frage aus dem Zuhörerkreis ein. Der Fragesteller – wie üblich, waren die Probleme anonym auf weißen Zetteln notiert und zum Diskussionsstisch heraufgereicht worden – stieß sich an einer im „Neuen Deutschland“ wiedergegebenen Formulierung Hempels. Er habe erklärt, hieß es dort, „alle“ strittigen Fragen trüben hinter der Friedensfrage zurück. „Bürgt dies nicht die Gefahr in sich, daß der Staat immer mehr versuchen wird, ihm unbecommene Fragen nicht zu erörtern?“, lautete die besorgte Nachfrage.

### Nicht vollständig wiedergegeben

Johannes Hempel antwortete darauf mit der in jüngster Zeit von den mitteldeutschen Kirchen zur offiziellen Argumentationslinie erhobenen Formel, tatsächlich trübe der „Stellenwert“ dieser Probleme hinter dem Problem Krieg oder Frieden zurück: „Ich halte das weder für Anpassung noch für kirchliche Taktik“, unterstrich Hempel.

Er machte jedoch darauf aufmerksam, daß nicht alle seine Feststellungen aus seinem „sorgfältig vorbereiteten“ Manuskript seines Statements bei Honecker in den „DDR“-Medien vollständig wiedergegeben worden seien: „Im übrigen ist die Berichterstattung in der ‚Aktuellen Kamera‘ (die Fernsehnachrichten, d. Red.) gekürzt gewesen, aber völlig korrekt. Was im ‚Neuen Deutschland‘ gestan-

den hat, war ebenfalls gekürzt, aber dem Geist nach völlig korrekt.“ Hempel empfahl das, was hiesige Leser ohnedies zu tun pflegen – zwischen den Zeilen zu lesen. Wörtlich sagte der Geistliche in diesem Zusammenhang: „Ich bitte Sie: Lesen Sie diese Texte in Ruhe, mehrmals und mit einer gewissen Pause dazwischen.“ Der von ADN veröffentlichte Text seiner Ansprache an Honecker habe Bemerkungen enthalten, „die zu veröffentlichen, für den Staat nicht ganz selbstverständlich waren“. Hempel wiederholte dabei vor seinen Zuhörern noch einmal mit nachdrücklicher Betonung den schon bei der ersten Begegnung zwischen Honecker und der Kirchenführung am 6. März 1978 ähnlich gefallenen Satz: „Vertrauen zwischen Ihnen und uns wird in dem Maße wachsen, wie es für die Menschen an der Basis erfahrbar wird.“

### Warnung vor Überschätzung

Zugleich warnte der sächsische Bischof und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kirchenbundes Sprecher aller Protestanten im Land, indirekt davor, derartige Spitzenbegegnungen zu überschätzen. „All das darf uns nicht zu der Illusion führen, es würden sich damit die Schwierigkeiten unseres Alltags ein für allemal und von vorneherein erledigen. Wir brauchen Gespräche auf allen Ebenen.“

Die Fragen aus der Mitte der Gemeinde verdeutlichten, was die Christen und Bürger hier bewegt. Eine knappe Auswahl:

– „Welche Chance hat angesichts der totalen Militarisierung in unserem Land noch die Friedensbewegung?“

– „Hat sich eigentlich irgend etwas geändert? Unsere Kinder werden doch wieder zum Haß erzogen.“

– „Hier bei uns wird die Geschichte sehr gut aufgearbeitet. Doch haben wir gelernt, wann und wozu unsere Kinder schon wieder militärisch vorzubereitet werden?“

Der Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Landessuperintendent Hartmut Badenhop (Hannover), wurde beispielsweise gefragt: „Wie werden Sie selbst mit dem Problem des geteilten Deutschland fertig?“

– „In der Bundesrepublik gibt es die Diskussion, ob der 8. Mai als Tag der Befreiung begangen werden kann. Schließlich brachte er Leid für die Deutschen in den Ostgebieten. Welche Haltung hat dazu die Kirche?“

Dieser tiefen Nachdenklichkeit, Unvoreingenommenheit, Selbstverständlichkeit der übergreifend „deutschen“ Betrachtung der Vergangenheit und erkennbarer Beunruhigung setzte Bischof Hempel immer wieder Zuversicht und Glaubensmut der Christen entgegen: In einem anderen Zusammenhang lobte er dabei die Polen, die auch heute noch vor deutschen Vorurteilen nicht gefeit seien: „Sie haben einen Lebenswillen, der aus der Leidenserfahrung von Jahrhunderten kommt. Sie sind nicht so leicht resigniert wie wir Deutschen.“

Der Beifall für diese Feststellung war einhellig im weiten Rund des Kirchenschiffes.

# CDU hofft auf den Kanzler-Bonus, die SPD setzt auf Johannes Rau

Von WILM HERLYN

Die nordrhein-westfälische CDU schickt sich an, die Last einer fast zwanzig Jahre andauernden Opposition abzuschütteln. Seit 1966 als Franz Meyers die Regierungsverantwortung an die SPD verlor, sind die Begleitumstände nicht so günstig: In Bonn ist wieder eine bürgerliche Koalitionsregierung an die Macht, die Wirtschaft erholt sich zusehends, die Preissteigerungsraten sinken auf ein Maß, wie es die Deutschen noch nicht gekannt haben, und an einen Wahlsieg der SPD mit einer absoluten Mehrheit wie vor fünf Jahren glauben nicht einmal eingefleischte Sozialdemokraten.

Wer aber glaubte, durch die CDU müsse ein ordentlicher Ruck gehen, eine Motivierungswelle Funktionäre und Mitglieder mitreißen, sah sich zunächst getäuscht. Noch im Dezember klagte Landtags-Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: „Wir müssen endlich heraus aus dieser defensiven Stimmung – wir dürfen uns von der SPD nicht lähmen lassen.“ Sein Klagegeld fruchtete: Nach den neuesten Umfragedaten sind, so Oppositionschef Bernhard Worms, die CDU-Mitglieder doppelt besser motiviert als die SPD-Anhänger. Und darauf wird es am 12. Mai ankommen.

Auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler baut auf den Trend, daß die Bürger sich immer mehr an bundespolitischen Entscheidungen der Regierung Kohl/Genscher orientieren. Seine Zuversicht ist, daß das Gewicht einer profilierten Bundespolitik der Union schwerer wiegt als die Bilanz der sozialdemokratischen Landespolitik. Die CDU hofft, daß Helmut Kohls Amtsbonus als Bundeskanzler gegen den im Land durchaus beliebten Ministerpräsidenten Johannes Rau durchschlägt. Die Parallele zu 1980 liegt nahe: Damals verdankte die SPD

den Sieg im wesentlichen dem Einsatz ihres SPD-Kanzlers Schmidt.

Alle Meinungsumfragen bisher bestätigen, daß die Wähler der CDU die größere Kompetenz in Wirtschaft und Finanzen einräumen. Darum macht Worms auch die Beschäftigungspolitik zum zentralen Thema. Er selbst denkt dabei auch an eine neue Welle von „Gründerjahren“, an eine stärkere Hinwendung zur Heimat und eine größere Bindung der Bürger an das Land.

Die CDU ist sich darüber im klaren, daß ihr nur ein Wiedererzwingen der FDP in das Parlament zur Regierungsübernahme verhilft. Nach Monaten der Irritationen kehrt



unter dem neuen Spitzenkandidaten Achim Rohde allmählich Ruhe bei den Liberalen ein. Der letzte Parteitag demonstrierte sogar noch mehr: Die Basis bewies eine noch nie in der Geschichte der Landes-FDP dagewesene Geschlossenheit und den Willen, den 12. Mai zum positiven Schicksalstag für die Partei zu machen.

1980 war die FDP noch im Bündnis mit der SPD und schiederte mit 4,9 Prozent (damit schaffte Rau mit „nur“ 48,4 Prozent die absolute Mehrheit), bei den Kommunalwahlen im vergangenen September waren die Ergebnisse für die Liberalen eher deprimierend, doch jetzt hofft Rohde – neben dem sich positiv auswirkenden Bundesstrend – es werde keine Zitterpartei. Er will von den „linken CDU“ und dem rechten SPD-Flügel wieder die Leibstimmungen zurückholen. In der Frage der Koalition legte er die FDP auf Worms fest.

Bündnisse mit niemandem wollen die Grünen eingehen. Sie verweisen mit Stolz auf ihre Erfolge bei den Europawahlen (acht Prozent) und den Kommunalwahlen (neun Prozent). In diesem Trend rechnen sie fest mit mindestens acht Prozent bei den Landtagswahlen.

Von „Koalitionen die Nase voll“ hat nach eigenem Bekunden Johannes Rau. Er strebt wieder eine Alleinregierung an. Im Gegensatz zu seinem hessischen Kollegen Holger Börner kann er auf eine für ihn günstigere Verfassungslage bauen. Denn der Regierungschef, der in Düsseldorf keine qualifizierte Mehrheit im Landtag erreicht, benötigt bei einer Stichwahl nur die höchste Stimmzahl.

Für Rau gewinnt diese Wahl besondere Bedeutung. Denn nur mit einem Sieg in Düsseldorf – der ihm auch als Sieg über Kohl zugeschrieben würde – könnte er sich in Bonn gegen seine parteiinternen Widersacher durchsetzen. Rau will den Wahlkampf jetzt mit landespolitischen Themen führen und nicht – wie zuerst geplant – die Bonner Wende „auf den Prüfstand stellen“. Doch mit einer Regierungshilanz eines hochverschuldeten Landes, das von Strukturkrisen geplagt wird, ist wenig Staat zu machen. Rau führte die Regierung im wesentlichen so, wie er Helmut Kohl vorwirft, Politik zu machen: durch Hinausschieben von Problemlösungen. Allerdings erweist er sich dabei als Profi der meisten PR-Pflege. Er gilt als ein Meister des Dialogs und ein Künstler der Harmonie. Die Partei wird ihren Wahlkampf ganz auf ihn abstimmen.

Wesentliche Überlegung Raus ist aber auch, daß die SPD im Winter 1985 Kohls Gegner für den Bundestagswahlkampf 1987 nominieren will. Ausschreitlich im Rennen liegt neben Hans-Jochen Vogel eben Johannes Rau.

# „Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll“

### Probleme und Sorgen im „Internationalen Jahr der Jugend“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn  
Das „Internationale Jahr der Jugend“, das die UNO für 1985 ausgerufen hat, ist für Bundesfamilienminister Heiner Geißler in erster Linie eine Zeit der Fürsorge für Benachteiligte. Das machte der Minister anlässlich der Eröffnungsveranstaltung für das Jahr in der Bundesrepublik auf der Burg Kaltenstein in Valhingen an der Enz deutlich, wo zur Zeit rund 250 Kinder und Jugendliche aus elf Nationen leben, die durch Flucht oder Aussiedlung in Notlagen geraten oder die durch besondere Zuwendung gefördert werden müssen.

Geißler wollte durch die Eröffnung an diesem Punkte auch das „Christliche Jugenddorfwerk“ auszeichnen, dessen Gründer, Pfarrer Arnold Danemann, 1947 im kriegszerstörten Stuttgarter Hauptbahnhof begonnen hatte, verwahrloste Jugendliche aufzunehmen. Er gab ihnen zunächst ein Heim, um die herum dann ein „Jugenddorf“ entstand. Heute unterhält das Jugenddorfwerk in der Bundesrepublik Deutschland 112 derartige Einrichtungen für 80 000 Jugendliche, und es wurden seit 1947 in diesen Schulen und Werkstätten 1,2 Millionen junge Menschen in schulischer und beruflicher Ausbildung personalintensiv weitergeführt.

Vor Förderern und Auszubildenden aus Deutschland, Chile, Vietnam, aus dem äthiopischen Eritrea, vor Aussiedlern aus der UdSSR, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei entwickelte Bundesminister Geißler die Perspektiven für die Jugend, die, wie er betonte, dem Motto des Internationalen Jahres „Mitwirkung, Entwicklung, Frieden“ entsprechen.

Die Sprachbarrieren seines Auditoriums, einer einmaligen Versammlung von „Sorgenkindern“ aller Haut-

farben, sind noch hoch, aber alle verstehen Geißler, als er sagt: „Hunderte von Millionen junger Menschen leiden unter Hunger, Not und Unterdrückung. Im Internationalen Jahr der Jugend sollten wir uns immer bewußt machen, daß von den 150 Staaten der Erde nur noch 30 demokratisch sind – das heißt, drei Milliarden Menschen werden unterdrückt.“ Die UNO habe ganz sicher weniger an die gut versorgten und mit „Bundesjugendplänen“ versehenen gedacht, als sie 1985 zum Jugendjahr ausrief.

Der Appell des Ministers von der Burg Kaltenstein geht weit über die Jungen und Mädchen hinaus, die hier vor ihm sitzen. Er fordert unter ihrem zunächst schüchternen, dann stärker werdenden Beifall mehr Engagement für die Demokratie, mehr Mitmachen in ihren Organisationen, weniger Angst vor den Unwägbarkeiten dieser Welt und mehr Vertrauen in eine gute Politik. Zentrale jugendpolitische Aufgabe sei aber die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt für die junge Generation.

Damit hat Geißler allerdings ein sowohl breiteres wie sachkundiges Publikum vor sich. Was wird aus diesen Jungen und Mädchen, deren Unterbringung und Unterricht und ständige Begleitung pro Kopf und pro Tag 110 Mark kosten? Kidisty Amleson aus Eritrea, ein hübsches 17-jähriges Mädchen, liest ihre Frage, symbolisch für die anderen, in eigenwilligem Deutsch vom Zettel ab: „Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll.“

Bisher ist mit dem „Garantiefonds“ aus dem Ministerium Geißlers nicht nur die Schule dieser Benachteiligten, sondern auch ihre Berufsausbildung bezahlt worden. 1985 wird der erste Schulfahrttag in Kaltenstein entfallen, der keinen Ausbildungsplatz in den eigenen Werkstätten mehr findet.

## Vogels bestreitet Beteiligung

twk, Bonn

Der frühere Flick-Gesellschafter und heutige Vorstandsvorsitzende von MBB, Hanns Arnt Vogels, hat gestern vor dem Flick-Ausschuß seine Beteiligung an der Abwicklung der Partespender bestritten. Spenden der Firma Krauss-Maffei an die „Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung“ wertete der Zeuge, damals Aufsichtsratsvorsitzender der Firma, als sein „routinemäßiges Placet“ zu Vorgängen, die ihn nicht interessiert hätten. Über Partespender habe Eberhard von Brauchitsch im übrigen selbst gegenüber Freunden Schweigen gewahrt. Nicht alle Vernehmer in den Beweismittelordnern seien so Vogels ferner, den 68-Jährigen zuzurechnen. Bei einer von damaligen Minister Hans Friderichs ihm als „geheim“ zugesandten Unterlage habe es sich nicht um Material zum Flick-Antrag, sondern nur damals mit Bundesmitteln geförderte Raketenfirma OTRAG gehandelt, die Vogels als Ingenieur bewerten sollte.

## SPD-Plädoyer für Nowotny

dpa, Bonn/Düsseldorf

Im anhaltenden Streit um den WDR hat die SPD dem neugewählten Intendanten Friedrich Nowotny demonstriert das Vertrauen ausgesprochen. SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement betonte, die Sozialdemokraten in den Aufsichtsgremien des WDR hätten „klargemacht, daß sie überhaupt keinen Grund sehen, mit Nowotny nicht fair und sachlich zusammenzuarbeiten“. Nicht wenige Sozialdemokraten hielten den Chef des Bonner ARD-Studios für einen „Fernsehjournalisten der absoluten Spitzenklasse“. Die Landesregierung in Düsseldorf habe entgegen allen Erwartungen auf ihrer letzten Sitzung nicht über die Ausfertigung des WDR-Vorsichtgesetzes entschieden. Die CDU-Opposition will aus den von der SPD-Mehrheit im Landtag beschlossene Gesetz notfalls vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster anfechten. Bundeskanzler Kohl nannte dieses Gesetz gestern vor dem Bundeskabinett in Bonn einen „Politiker-Skandal ersten Ranges“, teilte Regierungssprecher Boenisch mit.

## Evangelische Kirche schrumpft

idea, Hannover

Die Mitgliederzahlen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sind weiter rückläufig. Wie aus der neuesten Statistik hervorgeht, die das Kirchenamt der EKD in Hannover gestern vorlegte, verringerte sich die Zahl der protestantischen Kirchenmitglieder 1983 um 0,8 Prozent und sank auf 25,5 Millionen. Die römisch-katholische Kirche hat nach den letzten Angaben (1980) rund 26,7 Millionen Mitglieder. Zum Rückgang in der EKD haben sowohl natürliche Gründe beigetragen – mehr Todesfälle als Geburten – als auch die Kirchenaustritte. 1983 kehrten ähnlich wie in den Vorjahren 113 006 Personen der EKD den Rücken, 0,4 Prozent aller Mitglieder. Obwohl sich über 37 000 Bewohner der Bundesrepublik 1983 in die evangelische Kirche aufnehmen oder wieder aufnehmen ließen – über zehn Prozent mehr als 1982 –, konnte dies den Abwärtstrend nicht stoppen: Auf eine Aufnahme kommen drei Austritte. 1974 war das Verhältnis wesentlich größer: eins zu zwölf.

## „Soziale Notlage“ abklären

CSU fragt nach Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen

„Es muß die Frage erlaubt sein, ob in einem der reichsten Länder dieser Welt jährlich circa 150 000 Abtreibungen mit sozialer Notlage begründet werden können?“ Diese Problematik hat gestern der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, in einer in Bonn verbreiteten Erklärung angesprochen. Die CSU „strebt keine Änderung des Abtreibungsparagrafen 218 an“. Wer ihr anderes unterstelle, „tut dies aus Dummheit oder Bosheit“. Eine strittige Frage, die alsbald geklärt werden müsse, sei aber, „ob ein von der Krankenkasse und damit von allen Beitragszahlern finanzierter Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Indikation mit dem Grundgesetz in Einklang steht“. Die Solidargemeinschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung werde zur Sicherung des sozialen Systems zu immer höheren Beitragsleistungen herangezogen. „Auch aus diesem Grund ist eine Klärung über den derzeit daraus finanzierten Schwangerschaftsabbruch bei sozialer Notlage dringend geboten“, betonte Waigel.

Die CSU-Landesgruppe habe deshalb im Herbst letzten Jahres beschlossen, eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht in die Wege zu leiten. Wenn die Bundesregierung diese Klärung im materiellen Sinne selbst nicht herbeiführen könne, „ist die CSU/CSU-Bundestagsfraktion aufzufordern, dies durch ein Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages zu tun. Dies ist allein eine Angelegenheit, die die CSU/CSU-Bundestagsfraktion noch vor der Sommerpause des Parlaments zu entscheiden hat.“

Die Union befindet sich mit diesem Vorhaben in „vollem Einklang“ mit der Koalitionsvereinbarung von März 1983. Da die damals in Aussicht stehende Klärung durch das Verfassungsgericht nicht erfolgt sei, weil die Entscheidung aus formalen Gründen nicht ergangen sei, könne sie nur durch eine Organklage herbeigeführt werden.

### Anzeige

## Lesetip der Woche



# Eine Revolution auf Pump? Appell an die Amerikaner, ihr Defizit zu senken. Von Helmut Schmidt

Die Zeitbombe der südamerikanischen Schuldenkrise tickt immer noch, sie ist keineswegs endgültig entschärft. Aber eine zweite Zeitbombe ist inzwischen dazugekommen. Zwar spricht der amerikanische Präsident optimistisch von einer „Zweiten Revolution“, die den Vereinigten Staaten bevorsteht. Der unerhörte wirtschaftliche Aufschwung seiner Volkswirtschaft während der letzten 24 Monate und seine wirtschaftliche Zukunftsvision beruhen jedoch weitgehend auf anderer Leute Geld. Wie lange kann das Geld aus anderen Volkswirtschaften – mehrere hundert Milliarden Dollar – noch nach New York und nach Washington fließen? Was geschieht, wenn die ausländische Kapitalzufuhr nach Amerika versiegt – oder wenn sie sich umkehrt?

Paul Volcker, Chef des US-amerikanischen Zentralbanksystems, sagte vor dem amerikanischen Kongress ohne diplomatische Rücksichtnahme: „Wenn wir fort-

fahren, von den Ersparnissen der Welt einen so großen Teil an uns zu ziehen, behindern wir damit die wirtschaftliche Expansion in der übrigen Welt... Die Tatsache, daß wir im Begriffe sind, mit erheblicher Geschwindigkeit von einem Gläubigerstaat zu einem Schuldnerstaat zu werden, läßt mehr Alarmglocken läuten als genug... Es gibt die Gefahr eines Zusammenbruchs des ausländischen Kapital-Zuflusses, der bisher unseren hohen staatlichen und privaten Kapitalbedarf befriedigt hat.“

Ein Vertrauensabbruch kann zu einem schnellen Abzug der weitgehend kurzfristig finanzierten ausländischen Einlagen in den USA führen; ein Einleger kann binnen Stunden und Tagen andere anstecken. Nicht nur kämen amerikanische Banken in Schwierigkeiten, sondern vor allem würde der Dollar-Wechselkurs schnell sinken; das heißt: der Kurswert der verbleibenden Dollar-

Anlagen von Europäern, Japanern und Arabern würde sich dramatisch verringern, und deren Vermögensbilanzen könnten dramatisch verfallen. Der Schaden außerhalb der amerikanischen Wirtschaft wäre vermutlich unsteuerbar und unkalkulierbar. Wahrscheinlich wäre er größer als der Schaden innerhalb der amerikanischen Grenzen.

Wenn Präsident und Kongreß wegen der soeben erst beginnenden Rüstungsbeschränkungsgespräche mit der Sowjetunion aus verhandlungstaktischen Gründen gegenwärtig keine zu Buche schlagende Verringerung des gewaltig aufgeblähten Verteidigungshaushalts leisten wollen (wobei man verschiedener Meinung sein darf!), dann ist der Weg einer höheren Steuereinnahme nicht zu vermeiden. Je länger es dauert, ehe der Haushalts-Chirurg zum Messer greift, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß die Operation zu spät kommt.



NOTIZEN

Aus für Plastikfalten?

Bonn (DW) - In Italien sollen Plastikfalten verstärkt durch Packmaterial aus Altpapier ersetzt werden.

Studie zur Luftbelastung

Berlin (DW) - Das Bundesgesundheitsamt Berlin hat in einer Studie über gesundheitliche Auswirkungen von Tagen mit erhöhter Luftverunreinigung in Berlin im milden Winter 1982/83 'keinen eindeutigen Einfluß der Luftverunreinigung auf die tägliche Veränderung von Symptomen und Lungenfunktionswerten' festgestellt.

Empörte Angler

Wellburg (dpa) - Angler an der Oberlahn empören sich über rigorose Abholzungen und Begrüdigung der Lahnufer.

Hochdeponie im Test

Wiesbaden (dg) - Der hessische Umweltminister Armin Claus hat eine Untersuchung von 'neuen bahnbrechenden Deponietechniken' in Auftrag gegeben.

Die Entwicklung von Atomreaktoren für den Weltraum ist schon zwanzig Jahre alt. Nachdem die Sowjets auf diesem Gebiet in der Vergangenheit einen Vorsprung erzielt hatten, ergreifen die Vereinigten Staaten nun wieder die Initiative.

Reaktor soll im halbgeöffneten Regenschirm um die Erde kreisen

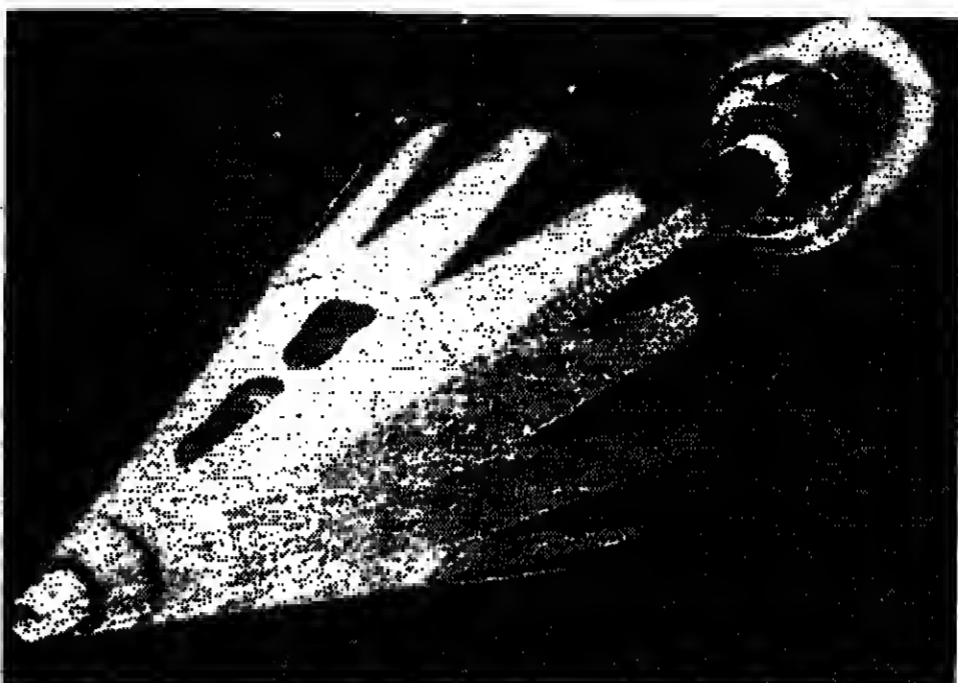
Von ADALBERT BÄRWOLF

Eine Leistungssteigerung atomarer Kraftwerke um das Zweihundertfache streben die Vereinigten Staaten für deren Einsatz im Weltraum an.

Zwanzig Jahre nach dem ersten Einsatz eines orbitalen Kernkraftwerks aktivieren die USA ein Programm, das in den letzten Jahren nur auf Sparflamme gekocht hatte.

Die Sowjets hatten in der Vergangenheit mit der Entwicklung leistungsstärkerer kosmischer Atomreaktoren einen Vorsprung erzielt.

Die von Präsident Reagan vorantriebene strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zur Entwicklung von Strahlenwaffen als lichtgeschwindigen Abwehrmittel gegen offensive ballistische Atomraketen benötigt orbitale Hochtemperatur-Kraftwerke.



In der Spitze des halbgeöffneten Regenschirms sitzt der eigentliche Atomreaktor. Erst am Ende des Gestänges befindet sich der Satellit.

Der mit rund 150 Kilogramm Kernbrennstoff beladene Reaktor des Projektes SP-100 soll mit dem amerikanischen Raumflugzeug Space Shuttle in eine Erdkreisbahn von wenigstens 700 Kilometer Höhe befördert werden.

Die Technologie eines nuklearen Kraftwerks, das automatisch gestartet werden muß und das jahrelang bei voller Leistung im Weltraum operieren soll, geht auf die jetzt fast genau 20 Jahre alte Entwicklung des am 3. April 1965 in Kalifornien gestarteten ersten Weltraumatomreaktors SNAP-10-A zurück.

Nach dem Absetzen im Weltraum hat das Atomkraftwerk SP-100 die Form eines halbgeöffneten Regenschirms. Ganz vorn in der Schirmspitze sitzt der eigentliche Atomreaktor.

Der mit rund 150 Kilogramm Kernbrennstoff beladene Reaktor des Projektes SP-100 soll mit dem amerikanischen Raumflugzeug Space Shuttle in eine Erdkreisbahn von wenigstens 700 Kilometer Höhe befördert werden.

Die Technologie eines nuklearen Kraftwerks, das automatisch gestartet werden muß und das jahrelang bei voller Leistung im Weltraum operieren soll, geht auf die jetzt fast genau 20 Jahre alte Entwicklung des am 3. April 1965 in Kalifornien gestarteten ersten Weltraumatomreaktors SNAP-10-A zurück.

Nach dem Absetzen im Weltraum hat das Atomkraftwerk SP-100 die Form eines halbgeöffneten Regenschirms. Ganz vorn in der Schirmspitze sitzt der eigentliche Atomreaktor.

nicht auf Sonnenenergie angewiesen war. Herz des Reaktors waren 37 Brennstoffelemente.

Schon zu Beginn des SNAP-Programms hatten die Sicherheitsaspekte an erster Stelle gestanden.

Ein sowjetischer Weltraum-Atomreaktor war 1978 in die Erdatmosphäre eingetreten.

Vor zwei Jahren war der sowjetische Satellit Kosmos 1402 mit einem Atomreaktor an Bord außer Kontrolle geraten.

Die Umweltpolizei hält ihre Einsatzorte geheim

Mobiles Schutzkommando nur in Baden-Württemberg

Von XING-HU KUO

Als einziges Landeskriminalamt (LKA) der Bundesrepublik Deutschland verfügt die Behörde in Baden-Württemberg über ein 'Mobiles Umweltschutzkommando' (MUK).

Inzwischen haben die sechs Beamten, die von mehreren Wissenschaftlern und freien Mitarbeitern unterstützt werden, 'sehr große Mühe', die wachsenden Aufgaben im Bereich Umweltschutz zu bewältigen.

Konkret hat das MUK die Aufgabe, vor allem Boden- und Wasserproben im Zusammenhang mit Problemen der Abfallbeseitigung durchzuführen.

Ein Wissenschaftler ist immer dabei

Beim Einsatz ist immer ein 'kompetenter Wissenschaftler' dabei, entweder ein Chemiker, Physiker oder Biologe.

wenn 'Kommissar Zufall' auf einen Umweltfall hinweist.

Besonders in den letzten anderthalb Jahren, in Zusammenhang mit der wachsenden Umweltdiskussion und dem steigenden Bewußtsein in der Bevölkerung, so Pfister weiter, sei die Zahl der Einsätze ständig gestiegen.

Weitere Aktionen sind bereits geplant. Die Orte will der leitende LKA-Beamte aus verständlichen Gründen nicht nennen.

Umweltkriminelle und Wirtschaftsverbrecher

In den letzten Monaten hatte das MUK ebenfalls häufig zu tun: Die Beamten waren bei der Firma Dynamit-Nobel in Rheinfelden (dort hat sie eine Sondermülldeponie), dann auf der BASF-Deponie in Mannheim wegen 400 Tonnen Tetrachlorbenzol, die angehängt in den 50er Jahren von der Firma gelagert worden seien.

Nach Auffassung von LKA-Vizepräsident Pfister sind Umweltkriminelle durchaus Wirtschaftsverbrecher gleichzusetzen.

Pfister verweist auf eine gesetzliche Lücke, die er sehr bedauert: Bisher seien Verwaltungsbehörden nicht verpflichtet, bei Umweltverstößen Anzeige zu erstatten.



Von der Fabrikhalle über den Maschinenpark bis nach Sumatra: WestLB.

Nicht nur, daß wir Ihnen bei der Finanzierung einer Fabrikhalle den Rücken freihalten, zum Beispiel mit einem langfristigen Festzinskredit.

fähigsten Stand der Technik zu bringen. Nicht nur, daß wir beide Leistungen in einem Finanzierungsprojekt zusammenfassen können.

kassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen können auch helfen, Ihre Produkte zu verkaufen.

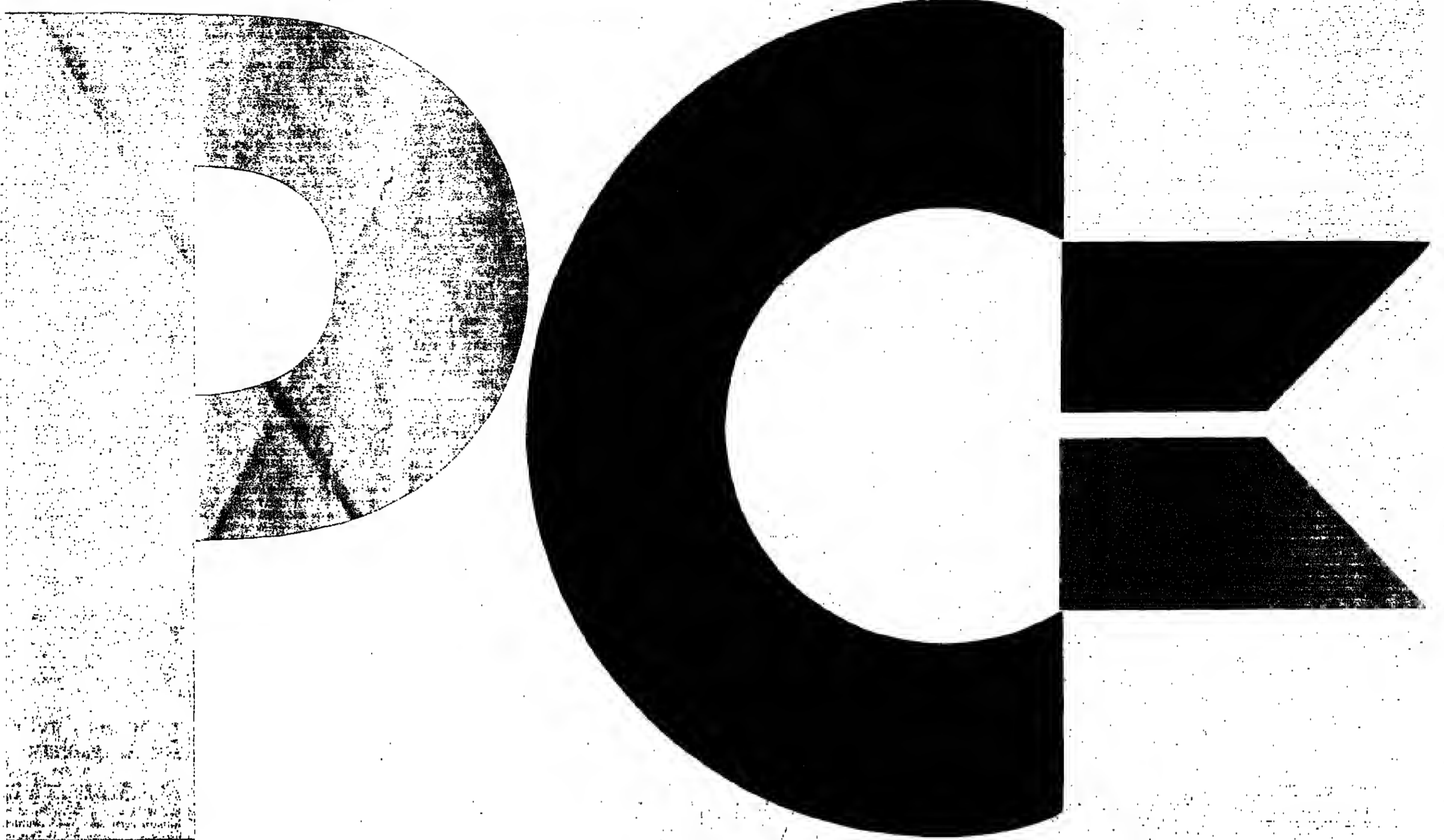
mentengeschäfts zur Verfügung. Und wenn Sie wissen möchten: Was tun, damit das Geld, das Sie dabei verdienen, noch ein bißchen außer der Reihe verdient?

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen. Westdeutsche Landesbank Girozentrale





# DER NEUE COMMODORE



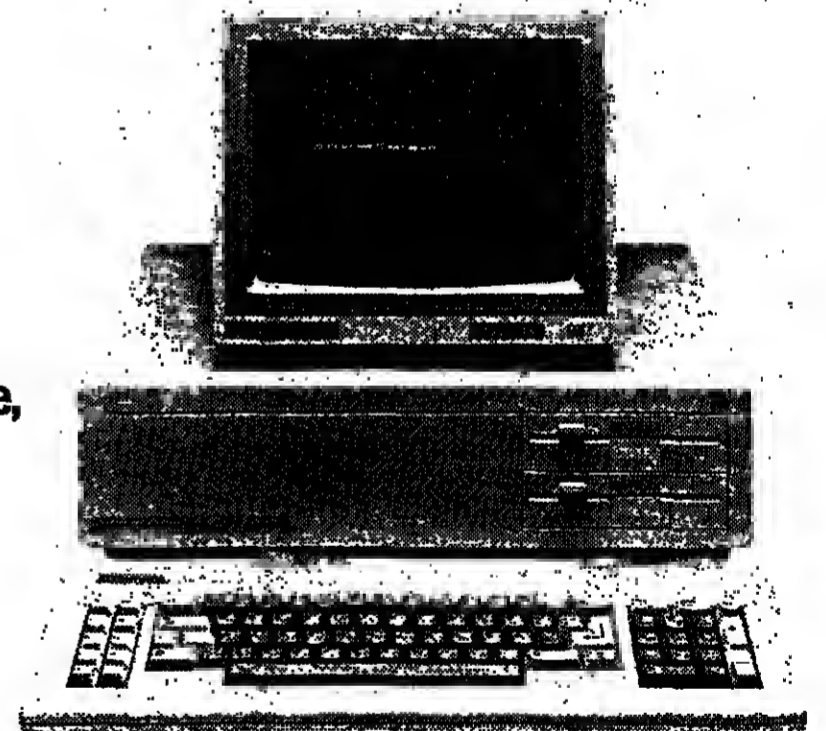
## DER IBM-KOMPATIBLE PC ZUM SENSATIONELLEN PREIS.

**DM 4.950,- + MWSt.**

(unverbindliche Preisempfehlung)

Der neue Commodore PC ist ein enorm leistungsfähiger 16-BIT-Computer. Er verarbeitet alle Software, die nach dem weltweit verbreiteten MS/DOS-Standard geschrieben wurde. Das macht es möglich, Aberhunderte bereits praxiserprobter Programme zu nutzen: branchenspezifische und branchenneutrale Lösungen. Und er bietet das - und vieles mehr - zu einem Preis, der ein neuer Standard ist. Der neue Commodore PC. Lernen Sie ihn persönlich kennen.

- INTEL 8088 16-BIT-Prozessor ● Hauptspeicherkapazität 256 KB RAM, intern ausbaubar bis 640 KB (max. 1 MB möglich) ● Doppelfloppy-Laufwerk 2 x 360 KB (optional: 10 MB Hard Disk integriert) ● Hochauflösender Monochrom-Monitor (grün) ● DIN- oder ASCII-Tastatur



Commodore PC mit 256 KB RAM Hauptspeicher, Keyboard, Doppelfloppy-Laufwerk, Monochrom-Monitor serienmäßig.

### DETAILLIERTE INFORMATIONEN UND INDIVIDUELLE HÄNDLERPREISE U. A. BEI:

1000 Berlin: Ehrig GmbH, (0 30) 3 417 021 · Unionzeiss-Werke KG, (0 30) 32 30 61 · 2000 Hamburg: BDB Büro KG, (0 40) 2 51 60 50 · Createam Microcomputer GmbH, (0 40) 6 41 68 61/6 41 64 73 · 2300 Kiel: reise büro komplett - datentechnik (0 431) 68 91-1 · 2370 Fockebek/Rendsburg Bürotechnik Favier + Krüger oHG, (0 4331) 73 21 · 2800 Bremen: Bethge & Strutz KG, (0 421) 70 00 57 · 3000 Hannover: Com-Data Gesellschaft für Bürosysteme mbH, (0 511) 32 67 36 · 3100 Celle-Westerdehlen: Ludwig Haupt Jr., (0 5141) 8 30 45 · 3250 Hameln: Witte Bürotechnik, (0 5151) 120 23 · 3300 Braunschweig: Apel Büro-Center GmbH, (0 531) 78 10 01 · 3500 Kassel: Hermann Fischer oHG, (0 561) 77 00 87 · 4000 Düsseldorf: Data Becker GmbH, (0 211) 31 00 10 · Helmut Renner GmbH & Co. KG, (0 211) 30 60 98 · 4130 Moers: Partner Datentechnik GmbH, (0 2841) 182 63 · 4154 Tüdingen: Schröder + Sachanek, (0 2151) 7 92 01 07 · 4190 Krefeld-Kellen: Feldmann + Luft oHG, (0 2821) 9 58 88/91 038 · 4400 Münster: Günter

Behrens Datensysteme, (0 251) 32 40 17 · 4500 Gesebühl: Liefeld Büro-Zentrum, (0 541) 600-1 · 4600 Dortmund: Büro-Studio Bolz, (0 231) 52 77 13 · 4800 Bielefeld: GKB Büroelektronik Vertriebsgesell. mbH, (0 52 05) 33 36 · 5000 Köln: Büromaschinen Braun, (0 221) 21 91 71 · Ultra Electronic - H. Proxa GmbH & Co. KG, (0 221) 49 10 01 · 5063 Overath: Norbert Stellberg, (0 22 06) 66 44 · 5100 Aachen: Wilhelm Kron Büromaschinen, (0 241) 50 45 12 · 5300 Bonn: A. O. Elektronik, (0 228) 22 02 17 · 5500 Trier: Donders am Dom Büroorganisation GmbH, (0 651) 4 50 85 · Bürocenter Lehr, (0 651) 4 80 81 · 5600 Wuppertal: Meier's Büromaschinen-Vertrieb KG, (0 202) 5 50 80 · 5900 Siegen: EDV-Beratung Dipl.-Ing. H. U. Schroers, (0 271) 710 78 · 6800 Frankfurt: Ico Büro-Computer + Organisations GmbH (0 69), 5 50 4 56/57 · 6100 Darmstadt: Lutz Büro- und Datentechnik AG, (0 61 51) 2 60 25 · 6200 Wiesbaden: Hensenfeld KG, (0 61 21) 30 78 91 · 6349 Heilbrunn: dls Olofermann & Neuser GmbH, (0 2778) 6 46/10 96 · 6400 Fulda:

Weinrich Büroorganisation GmbH & Co., (0 61) 49 20 · 6457 Maintal (Dörringheim): Helmut Landolt, (0 61 61) 4 52 93 · 6000 Saarbrücken: W. N. Pfeiffer - Büromaschinen KG, (0 631) 3 27 11 · 6800 Mannheim: Büro + Informationstechnik Gansch & Stern, (0 621) 85 00 40 · 7000 Stuttgart: Fritz Computer GmbH, (0 711) 78 00-230/238 · 7129 Heilfeld: Seel Büromaschinen GmbH & Co. KG, (0 70 62) 80 27 · 7410 Bietlingen: Maier & Partner GmbH, (0 7121) 5 40 25/26 · 7500 Karlsruhe: Fischer Büro Center, (0 721) 17 20 · 7700 Sigmaringen: Schellhammer GmbH, (0 77 31) 82 02 40 · 7730 VS-Willingen (Weilersbach): Maier Datensysteme GmbH, (0 77 21) 7 03 22 · 7808 Waldkirch: Bürohalle Scheinmer Waldkirch GmbH, (0 78 81) 67 91 · 7900 Ulm: EDV-Hult GmbH, (0 731) 15 35-0 · Computer-Studio Claus Wecker, (0 731) 61 93 69 · 7910 Neu-Ulm: Interplan Computer GmbH, (0 731) 71 00 21 · 8000 München: Max Lips GmbH, (0 89) 318 90 90 · Ludwig - aktuelle Bürotechnik, (0 89) 311 30 86 · Schütz Bürotechnik GmbH, (0 89) 14 82-1 · HDS-Prüftechnik

GmbH, (0 89) 83 70 21/22 · 8360 Deggendorf: Bürobedarfshaus Vitas Friedl, (0 99 91) 46 01 · 8400 Regensburg: Computer-Laden Karl Stelzmetz, (0 941) 4 82 99 · 8500 Nürnberg: Orgaples Datenverarbeitung G. G. aller KG, (0 911) 28 86 46 · E. Barthelmeid - Computersysteme, (0 911) 39 72 72 · 8900 Bamberg: Bürozentrum A. und R. Kutz, (0 92 81) 2 78 08 · 8978 Hof/Seale: Elektro Berger oHG, (0 92 81) 4 00 75 · 8700 Würzburg: Schill Computer-Center, (0 931) 5 04 88 · 8790 Aschaffenburg: V. Willgerodt GmbH & Co. KG, (0 90 21) 213 75/78 · 8883 Bismarck: Bürotechnik Bissinger GmbH, (0 90 73) 70 23 · 8900 Augsburg: Kutscher & Geis, (0 821) 310 30 · 8910 Landsberg/Luc: Kurt K. Lamprecht Datentechnik, (0 81 91) 4 65 28 · 8960 Kempten: H. Glöckler Allg. Bürobedarfs-Ges. mbH & Co., (0 831) 2 50 01.

Bitte fordern Sie die komplette Commodore-Systemhändlerliste an unter Telefon Düsseldorf (0 211) 31 20 47/48.

Frankfurt (0 69) 6 63 81 99 · Hamburg (0 40) 2113 86 · München (0 89) 46 30 09 · Stuttgart (0 711) 24 73 25. Unsere BTX-Liste ist 2 200 95 #.



**Commodore**

Eine gute Idee nach der anderen.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die moralische Krankheit

„Veraktend“ WELT vom 26. Januar

Das Schweigen zu den Todesschlüssen an der deutsch-deutschen Grenze sagt über die moralische Krankheit der West-Gesellschaft mehr aus als über den Amoralismus der Befehlshaber jener Todesschlüsse. Die hier und da genährte Hoffnung, ein für das deutsche Nationalerbe sich begünstigender Honecker könne es auch mit dem Erbe des deutschen Humanismus ernst meinen, erweist sich als Utopie. Wo auf Wehlose hintertrück und heimtücklich geschossen wird mit der Absicht, die Flüchtenden zu vernichten, herrscht überhaupt kein Humanismus. Die DDR war und ist ein Gefängnisstaat, dessen Oberaufseher jeden „Ausbrecher“ zum Tode verurteilt. Insofern hat die Todesstrafe-Doktrin doch etwas mit dem Argentin-Artikel im „Schlesier“ zu tun, jenem Phantasieprodukt eines 20-jährigen, der zum Buhmann der Nation gestempelt wurde. Daß ein Todesstrafe-Regime heute im Herzen Europas existieren kann, hängt mit Jalta zusammen, mit jener „Ordnung“ der Völkerunterdrückung, zu deren Zerstörung der französische Sozialist und Antifaschist Mitterrand aufgerufen hat.

Ohne Jalta kein mitteleuropäisches Gefängnisgebäude. Wer, wie Mitterrand, den Jalta-Status revidieren will, muß logischerweise die Schwächung der Hauptthesen des Jalta-Diktats wünschen. Daß eine Sprengung der kolonialistischen Jalta-Ketten nicht der Bundeswehr bedarf, versteht sich von selbst. Das wird das Werk der Unterdrückten sein. Nicht Krieg, sondern Revolution heißt die geschichtliche, moralisch gerechtfertigte Antwort auf Jalta. Diese Revolution werden die verklärten Völker selbst vollziehen, ihre Verfassungen und Nationalbewegungen, ganz ohne westliche Hilfe oder „Räuschemischung“, die wie die Reaktion auf den Todesschuß zeigt, ohnehin nur eine papierne Destabilisierung des östlichen Kolonialimperiums liegt tatsächlich im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit.

W. Strauss, Furtth I. Wald

Kein Vergleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Leserbrief Ihrer Ausgabe vom 5. Februar vergleicht Herr Dr. E. Paul den ehemaligen Major der Waffen-SS, Walter Reder, mit Hauptmann Dreyfus, einem entzerrten Verwandten von mir.

Alfred Dreyfus, ein elsässischer Jude und französischer Patriot, wurde aufgrund gefälschter Dokumente und antisemitischer Intrigen des Verurteilungsrichters Georges Goybaume zum Tode verurteilt. Seine Unschuld wurde durch den Marquis de Dreyfus, den Bruder des Verurteilten, nachgewiesen. Dreyfus wurde rehabilitiert und zum Helden der Nation ernannt.

Walter Reder wurde vor einem ordentlichen italienischen Gericht des Massenmordes an unschuldigen und unbeteiligten Zivilisten und somit als Kriegsverbrecher verurteilt; an der Rechtmäßigkeit des Urteils ist niemals von irgendeiner juristisch maßgeblichen Autorität Zweifel geäußert worden. Daß Reder gleichzeitig Kriegsgefangener war, ändert nichts an seinem Status als „Kriegsverbrecher“. Wenn ein Massenmörder z. B. Kanarien züchtet, wird damit nicht aus einem Massenmörder ein Kanarienzüchter.

Mir ist bewußt, daß DIE WELT sich nicht automatisch mit der Meinung der veröffentlichten Leserkriefe identifiziert. Es dürfen jedoch wohl Gründe gesetzt werden. Sie würden kaum einen offenen antisemitischen oder neonazistischen Brief drucken. Ebensovienig ist es zulässig, daß Sie aufgrund antisemitischer Mäuschenschaft zu Unrecht verurteilten Hauptmann Dreyfus ausgerechnet mit dem überführten Kriegsverbrecher der Waffen-SS, Walter Reder, vergleichen lassen. Das ist eine unglückliche Beleidigung für alle demokratisch denkenden Menschen!

Hochachtungsvoll N. Daudet-Dreyfus, Barranquilla-Kolumbien

Mehr Gängelung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Hochschulrahmengesetz vorgesehene Genehmigungspflicht für die von den Fachbereichen beschlossenen Studienordnungen erscheint unter dem Gesichtspunkt der auch den Hochschulen selbst und nicht nur ihren einzelnen Mitgliedern zustehenden Lehrfreiheit bedenklich.

Um so mehr verwundert es, daß ein Teil der Länder sich gegen den Vorschlag der Bundesregierung sträubt, die Genehmigungspflicht wegzulassen. Sachlich erscheint dieser Widerstand unberechtigt, weil die Fachbereiche bei den Studienordnungen an die vom Staat genehmigten Prüfungsordnungen gebunden und eine Abweichung von diesem im Aufsichtsweg verhindert werden kann.

Die Genehmigungspflicht für die Studienordnungen führt zu einer völlig überflüssigen Gängelung der Hochschulen, zu einer Verzögerung von Studienreformvorhaben und zur Ausweitung der Ministerialbürokratie.

Mit freundlichen Grüßen Professor Dr. W. Thieme, Hamburg 63

Wort des Tages

„Alles, was es bedarf, damit das Böse der Welt gewinnt, sind genügend gute Menschen, die nichts tun.“ Edmund Burke, brit. Politiker und Schriftsteller (1729-1797)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat in Berlin den Jacob-Kaiser-Preis 1984 für den besten Fernsehfilm mit innerdeutscher Thematik an die ZDF-Produktion „Für'n Groschen Brause“ verliehen. Der Preis wurde je zu einem Drittel an den Autor Dieter Zimmer, der auch den gleichnamigen Bestseller geschrieben hat, an den Regisseur Eberhard Hopf und an den jugendlichen Hauptdarsteller Bernd Bennek vergeben. Mit dem Ernst-Reuter-Preis 1984 für die beste Hörfunksendung mit innerdeutschem Inhalt wurde das Hörspiel „Wallraf kommt“ von Wolf Deinet (Sender Freies Berlin) belohnt. In der Kategorie Informationssendung wurden Preise den Sendungen „Ein feste Burg auf Weltniveau“ von Claudia Wolf (WDR) sowie „Graffiti an der Berliner Mauer“ von Dieter Mayer-Simeth (Südwestfunk) zu gleichen Teilen zuerkannt.

ERNENNUNG

Der frühere japanische Botschafter in Bonn, Fujie Uchida (75), soll der erste Präsident des japanisch-deutschen Zentrums in Berlin werden. Diesen Beschluß faßte das Kabinett in Tokio auf Anregung des Außenministers Shintaro Abe. Der pensionierte Karriere-Diplomat Uchida, der dem rechten Flügel der regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) nahesteht, wurde zum erstenmal 1981 nach Deutschland versetzt, damals an die japanische Botschaft in Berlin, wo er mit einer längeren Unterbrechung bis zum Kriegsende diente. Nach dem Krieg war Uchida 1960 Botschafter in Wien und von 1965 bis zu seiner

VERNISSAGE

Daß Schmuck in Deutschland häufig „genauso phantastisch wie ein Verkehrszeichen“, kritisierte in Bonn die Kunsthistorikerin Dr. Ulla Stöver. In der Landesvertretung von Baden-Württemberg sind in einer großen Ausstellung phantastische Schmuck-Figuren zu sehen, die aus einem internationalen Designwettbewerb als schönste Arbeiten hervorgehen. Der Friedrich-Wilhelm-Müller-Wettbewerb der Gesellschaft für Goldschmiedekunst ist der älteste seiner Art in der Schmuckbranche. Er wurde 1879 zum ersten Mal durchgeführt. Im Kreise vieler hundert Gäste hat der bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg, Staatssekretär Gastav Wabro, die Ausstellung eröffnet. Daß Goldschmiedekunst, Malerei und Plastik einmal eng miteinander verbunden waren, machten auch jetzt die jungen Goldschmiede deutlich. Die Schmuckentwürfe kamen aus vielen Staaten. In Bonn wird auch die Arbeit des ersten Preisträgers gezeigt, eine kunstvolle Libelle, geschaffen von Goldschmiedin Heide Blindow, Pforzheim.

Der kleine Mann mit dem großen Kopf: Zum 70. Geburtstag des Schauspielers Georg Thomalla

„Lachen ist Ausdruck von Erfahrung und Weisheit“

Wer ist das: Sieht aus wie ein freundlicher, stets elegant gekleideter Bankbeamter, ist lustig und listig, nervös und hypersensibel, ernst und würdevoll, bisweilen traurig zum Weinen, aber zum Lachen und komisch zu Totlachen? Natürlich Georg Thomalla.

Millionen kennen, lieben, schätzen ihn, lachen über ihn, werden gesund dabei. Einige wenige, vor allem aus den Reihen der „modernen“ Regisseure von Film, Funk und Fernsehen, schütteln entsetzt den Kopf, wenn sein Name auf einer Besetzungsliste auftaucht. „Klamottenkünstler“ nennen sie ihn.

Seine Fans, also die Millionen, sehen ihn hingegen ganz anders. Könnten diese sich so sehr täuschen, wenn

der kleine Mann mit dem großen Kopf: Zum 70. Geburtstag des Schauspielers Georg Thomalla

Der Ring des Liebes Jungen - ARD, 21.00 Uhr

es darum geht, einem Mimen zu geben, was er sich redlich verdient hat, nämlich Applaus, Verehrung und Dankbarkeit. Dankbarkeit für Tausende von Film-, Fernseh- und Theaterstunden, in denen dieser Lebenswerte kleine Mann mit dem unverwechselbaren Mundwerk (was wäre Danny Kay denn ohne ihn!) in menschlich anrührenden, aberwitzigen, widerstrebigen, also auch blödsinnigen, doch schließlich stets bester Rollen für Entkrampfung versterbender Lachmuskulaturen gesorgt hat?

Georg Thomalla, kein Zweifel ist möglich, muß wohl bereits im Mutter- und im Spatmachergewesen sein, einer, der es lachend und kichernd, Gesichter schneidend und dreinschauend wie einst nur Charly Rivel (den Thomalla verehrt, der er selbst hätte sein wollen) in eine ganz und gar nicht lustige Welt hinausdrängt, wie er es nennt, „den Weinenden, den Verdrossenen, den Verloren-

den, aber auch dem Miesmacher unter uns von der erlösenden Kraft des Lachens zu künden, sie die Kunst des Lachens zu lehren.“

„Lachen“, so sagt er ganz ernst, „hat nicht nur etwas mit Lustigsein zu tun. Es ist vor allem Spiegelbild, ja Ausdruck von Erfahrung, Weisheit und Lebensfreude. Ich liebe gern, sogar sehr gern. Vielleicht lache ich deshalb selbst soviel und bringe - hoffentlich noch lange - auch andere dazu.“



Ein Mann mit unverwechselbarem Mundwerk: Georg Thomalla FOTO: DPA

Heute, an seinem 70. Geburtstag, befindet sich der Mann, „der sich nicht traute“, jedenfalls mal wieder auf der „Durchreise“ (gleichnamige Komödie von Flotow: erzählt werden Freuden und Leiden eines jüdischen

KRITIK

Prinz Eisenherz in Bayern

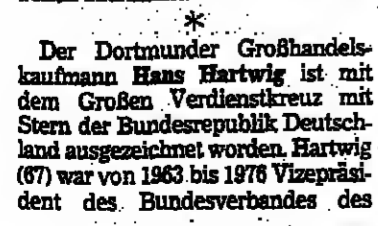
Jaja, so san's, die Bayern, ist man nach der Betrachtung der sogenannten dörflichen Komödie Das Hintertürli zum Paradies (ZDF) geneigt zu sagen. Da regt man sich drei Tage vorher auf bis hinauf in die bayerische Staatskanzlei, weil der lockere ZDF-Sportchef Dieter Kürten den herzerlösenden Dialekt des neuen bayerischen Süd-Westmeisters Markus Wasmeter mit der Bemerkung „Verstehen Sie diesen Originalton-Süd überhaupt?“ quittiert hatte. Aber über Reinhard Dongas Verfilmung eines bayerischen Romans von Jürgen König wird vermutlich niemand wettern.

Dabei stellt der Film wieder einmal eine bayerische Dorfgesellschaft als saubere und rautlustig, korrupt und zu allen Gemeinheiten fähig dar. Das bekannte Klischee, alles wie gehabt: Ein junger Städter (Einar Wepper) erbt unrares Tegemseer Bauernhaus. Der Gastwirt will's ihm schlitzzobrig abkaufen. Dessen Tochterlein (Michaela May) jedoch verliebt sich in den Erben und gibt dem Sohn des Bürgermeisters den Laufpaß.

Daraufhin läßt der Bürgermeister seine ganze Macht spielen, um die (ausgerechnet auch noch Jazzsaxophon spielenden) Städter aus dem Dorf zu treiben. Dabei möchte der nur sein Gefühl zu einem Restaurant umbauen, um dort - wie einst Witzgottmann - raffiniert gut zu kochen. Des Gastwirts Tochterlein durchschaut den dörflischen Intrigenstall, verläßt Gasthaus und (oft betrunkenen) Vater und zieht zum neuen Freund.

Dramatisches Ende: Der Bürgermeister-Filius beseitigt, um seinen Rivalen auszuschalten, eine Straßensperre mit dem Ergebnis, daß sich der Gehäbte mit zwei Freunden und Freundinnen nachts im Wagen auf einer Böschung mehrfach überschlägt. Aber o Wunder - alle heilen heil.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM table with columns for time, program name, and channel.



STUDIO

Im Koblenzer Landesmuseum in der Festung Ehrenbreitstein ist vom 21. März bis 29. September die Ausstellung Fernsehen - 100 Jahre Technik, 50 Jahre Programm zu sehen. Die Veranstaltung läuft am Vorabend der 50. Wiederkehr jenes 22. März 1935 in Berlin an, als dort zum ersten Mal in der Welt ein Fernsehprogramm ausgestrahlt wurde. Wertvolle Ausstellungsstücke, unter anderem der Nachbau einer Nipkow-Versuchsanlage, wurden bei privaten Sammlern, in Firmenarchiven und in anderen Museen gefunden. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk Baden-Baden, dem ZDF und dem Bundesarchiv in Koblenz. dpa

SAT 1 and 3SAT program listings table.

## Leipziger Messe. Jetzt zweimal täglich.



1984 ist Lufthansa zum erstenmal nach Leipzig geflogen. Dieses Jahr verdoppeln wir die Flüge ab Frankfurt: vom 10. bis

16. März täglich um 09.00 Uhr und um 16.30 Uhr. Am 9. und am 17. März einmal, und zwar um 09.00 Uhr. Die Rückflüge ab

Leipzig sind um 13.40 Uhr und um 18.25 Uhr. Dadurch bieten wir erstmals die Möglichkeit, die Messe an einem

Tag zu besuchen: morgens hin, abends zurück. Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

 **Lufthansa**



Sie finden uns in Halle 9, Stand 9. 18.

FUSSBALL

Münchner Krise: „Suche nach unserer Identität“

DW/aid, München Mit drei Punkten Vorsprung ging der FC Bayern München in die Winterpause. Dann folgten ein 3:3 gegen Bielefeld und ein 2:4 in Bremen - nun ist es vorbei mit dem sanften Ruheleben. Die Unbekümmertheit ist längst gewichen, entstanden ist eine sorglose Arroganz, die Trainer Udo Lattek so umschreibt: „Einige haben sich maßlos überschätzt, wollten sich auf Kosten anderer profilieren.“

Vor dem Pokalspiel am Samstag in Leverkusen war der Trainer als Psychologe gefragt. Udo Lattek: „Unsicherheit hat um sich gegriffen. Jeder hat zu sehr mit sich selbst zu tun. Wir suchen nach unserer Identität.“ Wir haben sie sich zusammengesetzt, bei Weltberuf und Weltberühmtheit, bei jeder die Probleme von der Seele reden. Nationalspieler Lothar Matthäus: „Die 1:3 Punkte zum Rückrundestart haben uns einen Knacks versetzt.“ Bei der Ursachenforschung konnten zwei Hauptgründe für die derzeitige labile Verfassung ausgemacht werden: die Angst vor Zweikämpfen und der Druck, die Taktikführung behaupten zu müssen.

BIATHLON / Heute beginnt die Weltmeisterschaft in Ruhpolding - Der Ort Hammer fiebert mit Ehrenbürger Peter Angerer

Skihield im Schutz der dörflichen Gemeinschaft

MARTIN HÄGELE, Hammer In der „Alpenstadt“ auf der rechten Seite der Alpenstraße, die das Dörflein Hammer durchschneidet, geht alles seinen gewohnten Gang. Eigentlich will die Wirtin gar nicht mehr vernommen, „weil ja morgen eh Ruhetag ist“. Dann tut sie's doch. Ein Dutzend Männer, die Chef in ein Serviermädchen reden übers Fernsehprogramm. Und sie streiten sich darüber, welcher gastronomische Betrieb im Flecken am Kinderfasching das meiste verdient. Noch ein Weißbier, Prost.

Es ist wie immer in Hammer. Um sechs Uhr erwacht der Ort. Die Glocke der Kirche, deren Geläut die Menschen zum Arbeit ruft, feierte im vergangenen Jahr 50. Geburtstag. Ein anderes Datum feiert hat die 700-Seelen-Gemeinde mehr bewegt: der 14. Februar 1984. Da kam Peter Angerer heim aus Sarajevo, behängt mit olympischem Gold, Silber und Bronze.

Triumphzug, Fernsehen, Feuerwerk, die Krüge hoch. Das ist genau ein Jahr her, und Peter Angerer kämpft heute wieder um Gold, diesmal bei der Weltmeisterschaft im zwölf Kilometer entfernten Ruhpolding. Also doch kein Tag wie jeder andere in Hammer. Der Skihield der Nation kann im Schaufenster des Verkehrsamtes bewundert werden. Da strahlt Angerer vom Poster herunter, Ski in der Hand, Gewehr auf dem Rücken, Medaillen um den Hals. Fünf Mark kostet er im Großformat, 3,90 etwas kleiner. Zu kaufen sind die Fotos zur Zeit nicht: „Das Verkehrsamt ist wegen Krankheit bis zum 15. Februar geschlossen.“ Ein kleiner Ort und ein prominenter Mitbürger - schlägt sich das nieder im alltäglichen Leben? Niemand würde da etwas ausrufen, erklärt einer, der das Versprechen abverlangt, seinen Namen nicht zu erwähnen. Die Leute von Hammer seien nämlich ein ziemlich wortkarger Menschenschlag. Aber keineswegs dumm. Das täusche. Sie ließen sich nur nicht gern von Fremden ausprechen.

Die dörfliche Gemeinschaft schützt eben auch den populärsten Einwohner, erklärt einer, der das Versprechen abverlangt, seinen Namen nicht zu erwähnen. Die Leute von Hammer seien nämlich ein ziemlich wortkarger Menschenschlag. Aber keineswegs dumm. Das täusche. Sie ließen sich nur nicht gern von Fremden ausprechen.

Der Ruf des Sport-Stars nach Ruhpolding? Gehlein lächelt. Er sei schlecht zu Fuß, sagt er, aber er werde die Entscheidungen vom Fernsehapparat verfolgen. Beim Empfang nach den Winterspielen von Sarajevo habe er Angerer die guten Wünsche der Kirche übermittelt und dem Sportler die Hand gedrückt.

Hat sich der sportliche Ruhm auch auf den Fremdenverkehr ausgewirkt? Reporter aus Hamburg aufgetaucht, habe ganz locker die Leute über Peter Angerer ausschöpfen wollen. Der sei dabei furchtbar abgeblitzt. Er habe die abweisende Art der Menschen überhaupt nicht verstanden. Herr Gehlein ist ein freundlicher Mann. Seit einhalb Jahren vertritt er den erkrankten Pfarrer Hattal. Folgt auch der katholische Geistliche

„Wir sind interessanter geworden, aber ob deshalb die Urlaubsbuchungen und Übernachtungen steigen, das kann ich nicht beurteilen“, sagt Hans Steiner, Geschäftsführer im Rathaus Singsdorf, jener Gemeinde, der auch die Bewohner von Hammer angehängt sind.

Das Schicksal hat Hammer nun mal an der Durchgangsstraße zum dicken Wintersportfeld links liegen lassen. Vor Inzell, hinter Reit im Winkel oder Ruhpolding. „Wir haben zwar Loipen und Lifte, aber kein großes Angebot an Pisten“, bedauert Steiner mangelnde Abfahrten und Exklusivität.

Doch dafür besitzen die Singsdorfer unter ihren 7100 Einwohnern eben ihren „Gold-Peter“. Wenn er heute morgen über 20 km um den Weltmeisterlauf kämpft, dann stärkt die Bevölkerung von Singsdorf und Hammer ihrem Ski-As das Kreuz. Bürgermeister Franz Maier, der Kurdierektor Hans Klausner führen im Schulter-schluß mit dem halben Gemeinderat den Zug der Angerer-Fans an. Sechs Buss bringen 300 Schüler von Singsdorf nach Ruhpolding. In manchen Unterrichtsstunden der letzten Tage wurden Bettkäfen mit Aufzehrungs-Parolen bemalt und Chöre für Ange-

rer eingeübt. Er ist schließlich ihr Ehrenbürger.

Nur der Hans Steiner wird an „meinem Schreibtisch die Stellung halten“. Weil er sofort die große Fete organisieren muß, falls der Angerer Weltmeister wird. Sicher sei das alles geplant, gibt der Beamte zu. Aber Ruhpolding liegt vor der Haustür, da haben wir nicht soviel Zeit wie damals, bevor der Peter aus Sarajevo zurückfuhr.

„Im Feiern“, sagt Sepp Ferstl, „da sind die in Hammer ganz groß.“ Dem Skirennfahrer Ferstl hat vor Angerers Zeit der große Jubel entlang der Alpenstraße geölt. Zum Beispiel, als er die Abfahrt auf der Streif in Kitzbühel gewonnen hatte. Dabei wohnte der ehemalige Weltklassefahrer gar nicht in Hammer, sondern in der Kreisstadt Traunstein. Ferstl war und ist lediglich Mitglied des Skiklubs Hammer. Er sagt: „Aber wenn ich heute in Traunstein in ein Lager gehe und Baumaterial für mein Geschäft einkaufe, schreiben sie auf meinen Lieferschein, Sepp Ferstl, Hammer.“ Schon deshalb, weil er so dazugehört zu diesem Ort, zu dem Klub und zu den Leuten, will Sepp Ferstl heute auch nach Ruhpolding

eingelibt. Er ist schließlich ihr Ehrenbürger.

Nur der Hans Steiner wird an „meinem Schreibtisch die Stellung halten“. Weil er sofort die große Fete organisieren muß, falls der Angerer Weltmeister wird. Sicher sei das alles geplant, gibt der Beamte zu. Aber Ruhpolding liegt vor der Haustür, da haben wir nicht soviel Zeit wie damals, bevor der Peter aus Sarajevo zurückfuhr.

„Im Feiern“, sagt Sepp Ferstl, „da sind die in Hammer ganz groß.“ Dem Skirennfahrer Ferstl hat vor Angerers Zeit der große Jubel entlang der Alpenstraße geölt. Zum Beispiel, als er die Abfahrt auf der Streif in Kitzbühel gewonnen hatte. Dabei wohnte der ehemalige Weltklassefahrer gar nicht in Hammer, sondern in der Kreisstadt Traunstein. Ferstl war und ist lediglich Mitglied des Skiklubs Hammer. Er sagt: „Aber wenn ich heute in Traunstein in ein Lager gehe und Baumaterial für mein Geschäft einkaufe, schreiben sie auf meinen Lieferschein, Sepp Ferstl, Hammer.“ Schon deshalb, weil er so dazugehört zu diesem Ort, zu dem Klub und zu den Leuten, will Sepp Ferstl heute auch nach Ruhpolding

TENNIS

Steffi Graf im Halbfinale gegen Chris Evert-Lloyd

dpa/sid, Delray Beach Die 15 Jahre alte Steffi Graf aus Heidelberg hat das Halbfinale des mit ungerichtet 5,76 Millionen Mark dotierten Tennisturniers von Delray Beach in Florida erreicht und damit ihren bislang größten internationalen Erfolg errungen.

Im Viertelfinale schlug die Ranglisten-Zweite des Deutschen Tennisbundes die an Nummer 13 gesetzte Ungarin Andrea Temesvari in nur 47 Minuten mit 6:2 und 6:1. Im Kampf um den Eintritt ins Finale trifft Steffi Graf nun auf die Welttranglistenzweite, die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd. Die Barbara Potter mühevoll mit 4:6, 6:4, 6:1 ausschaltete.

ZAHLEN

TENNIS Turnier in Delray Beach/Florida. Herren-Einzel, Achtelfinale: Edberg (Schweden) - Lendl (CSSR) 6:4, 7:6, 7:6. Mayotte (USA) - Holmes (USA) 6:3, 7:6. Noah (Frankreich) - Giammaria (USA) 6:3, 6:4. Damen-Einzel, Viertelfinale: Graf (Deutschland) - Temesvari (Ungarn) 6:2, 6:1. Evert-Lloyd (USA) - Potter (USA) 4:6, 6:4, 6:1. Navratilova (USA) - Burgin (Deutschland) 6:4, 6:4. In Halbfinale spielen: Graf - Evert-Lloyd, Navratilova - Siegerin aus Mandikova - Bassett. Damen-Doppel, 3. Runde: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) - Burgin/Russell (USA) wegen Verletzung von Russel abgebrochen. Fernandez/Navratilova (USA) - Lloyd-Evert/Timball (USA/Australien) 6:4, 6:2.

SPORT-NACHRICHTEN

Hagen: Punkte zurück Hagen (sid) - Basketball-Bundesliga-Klub SSV Hagen erhält vier Punkte zurück, die ihm wegen der angeblich fehlenden Spielberechtigung des Amerikaners Graylin Warner aberkannt worden waren. Nach dieser Entscheidung der Spruchkammer des Deutschen Basketball-Bundes hat Hagen wieder gute Aussichten, das Halbfinale der Meisterschaft zu erreichen.

Mannheim droht Verband Mannheim (sid) - Eishockey-Bundesliga-Klub Mannheimer ERC hat dem Deutschen Eishockey-Bund mit einer einstweiligen Verfügung gedroht, sollte die Berufungsverhandlung im Fall Roediger (acht Spiele Sperre, 4000 Mark Geldstrafe wegen Foulspiels am Kölner McNeil) nicht vor dem 23. Februar angesetzt werden.

STANDPUNKT / Fortschritt

Heute, bei der Weltmeisterschaft der Biathleten, wird es wieder losgehen mit der Diskussion um den Schrittschritt des Finnen Sitonen. Sie hat schon die WM der nordischen Skiläufer beherrscht. So sehr, daß die Athleten, die gewonnen oder verloren, hinter dem Streit um die Technik verschwanden.

Biathlet Peter Angerer wird heute nicht nur mit diesem Sitonen-Schritt seine Chance suchen, sondern auch mit einem neuen Ski, der eigens für diese Technik entwickelt wurde (mit eingepreßter Aluminiumschicht), „Es geht schneller“, sagt Angerer kurz und bündig.

AM 11. FEBRUAR 1985 VERSTARB IM ALTER VON 86 JAHREN HERR

Max Küppers

Zwei Jahrzehnte stand uns der Verstorbene als Mitglied unserer Gremien beratend zur Seite. Seine unternehmerischen Fähigkeiten sowie sein klares Urteil haben wir hoch geschätzt.

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen alten Freund, der uns als liebenswürdiger Mensch und erfolgreicher Unternehmer unvergessen bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

AM 11. FEBRUAR 1985 VERSTARB IM ALTER VON 86 JAHREN HERR

Max Küppers

Zwei Jahrzehnte stand uns der Verstorbene als Mitglied unserer Gremien beratend zur Seite. Seine unternehmerischen Fähigkeiten sowie sein klares Urteil haben wir hoch geschätzt.

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen alten Freund, der uns als liebenswürdiger Mensch und erfolgreicher Unternehmer unvergessen bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

AM 11. FEBRUAR 1985 VERSTARB IM ALTER VON 86 JAHREN HERR

Max Küppers

Zwei Jahrzehnte stand uns der Verstorbene als Mitglied unserer Gremien beratend zur Seite. Seine unternehmerischen Fähigkeiten sowie sein klares Urteil haben wir hoch geschätzt.

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen alten Freund, der uns als liebenswürdiger Mensch und erfolgreicher Unternehmer unvergessen bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

AM 11. FEBRUAR 1985 VERSTARB IM ALTER VON 86 JAHREN HERR

Max Küppers

Zwei Jahrzehnte stand uns der Verstorbene als Mitglied unserer Gremien beratend zur Seite. Seine unternehmerischen Fähigkeiten sowie sein klares Urteil haben wir hoch geschätzt.

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen alten Freund, der uns als liebenswürdiger Mensch und erfolgreicher Unternehmer unvergessen bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

AM 11. FEBRUAR 1985 VERSTARB IM ALTER VON 86 JAHREN HERR

Max Küppers

Zwei Jahrzehnte stand uns der Verstorbene als Mitglied unserer Gremien beratend zur Seite. Seine unternehmerischen Fähigkeiten sowie sein klares Urteil haben wir hoch geschätzt.

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen alten Freund, der uns als liebenswürdiger Mensch und erfolgreicher Unternehmer unvergessen bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

Auslieferungslager: Spezialkonditionen, 44 Jahre, mit 20jähriger Außendienst Erfahrung...

Wir suchen für verschiedene dänische Klienten freie Handelsvertreter in allen Postleitzahlgebieten...

Garantieanmietung: Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte...

INDONESIEN: Ist der größte Handelspartner in Südostasien. Eine intensive und erfolgreiche Bearbeitung dieses wichtigen Marktes erfolgt durch Exportkaufmann...

Wir bieten Dienstleistungsbetriebe, die sich nicht weiter ausdehnen wollen oder engagierten Verkäufern...

Ihr Kapital wächst auf (und mehr) in 12 Jahren ca. 600% durch unser EXCLUSIV-PROGRAMM...

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99...

Meine geliebte, tapfere und fröhliche Frau Erika Winter geb. Schmidt Behranena \* 4. Oktober 1915 † 11. Februar 1985

Familienanzeigen und Nachrufe können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

MANAGEMENT AUF ZEIT durch praxiserfahrenes Team (Dr. rer. pol., Dipl.-Kfm., Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtschafts-Ing.)

### Wird Hessen zweitrangig?

**Fortsetzung von Seite 1**  
WELT: Die „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ ist, auch in der Union, zu einem neuen Schlagwort geworden...

Wallmann: Ich mag das Wort in diesem politischen Zusammenhang nicht gern. Ist das etwa Versöhnung, wenn auf Kornkraft verzichtet wird? Es geht um eine nichterne Güterabwägung. Ende 1984 hat die Preußen-Elektra erklärt, daß sie fast drei Jahre lang den Strompreis für ihre Eigenzeugung konstant halten konnte, obwohl sie enorme Summen in die Umrüstung ihrer Altanlagen investieren mußte. Auf die Frage, wie das möglich sei, wurde gesagt: Weil wir unseren Strom inzwischen zur Hälfte aus Kernenergie gewinnen, dieser Strom billig ist und uns deshalb ermöglicht, die hohen Kosten für den Umweltschutz intern auszugleichen. Das sind die Dimensionen, um die es geht.

WELT: Wallmann und die hessische CDU werben gezielt um Stimmen aus dem Arbeitnehmerlager, um enttäuschte SPD Wähler. Ist das nicht mit dem Gefahr verbunden, daß originäre CDU-Politik an Schärfe, an Kontur verliert?

Wallmann: Irritationen sind natürlich da. Aber wir dürfen und werden CDU-Positionen nicht räumen. Mit uns sind beispielsweise keine Vereinbarungen in Richtung Zwangsförderstufe möglich. Die Schulpolitik spielt wieder, nachdem sie 1982, 1983 zurückgetreten war, eine zentrale Rolle. Wir sagen ja, wenn die Förderstufe durch freiwillige Entscheidung eingerichtet wird.

Ist die SPD ohne Wenn und Aber für den Zwang? Die „hessischen Verhältnisse“ haben sie freilich inkonsequent werden lassen. Den Grünen wurden Versuchsschulen in freier Trägerschaft, bei staatlicher Finanzierung, im Grundschulbereich zugestanden. „Also“, folgert Wallmann, „ist die SPD hier für eine ganz freie Schulwahl. Aber das hindert sie nicht, trotz leidenschaftlicher Ablehnung der Zwangsförderstufe durch die Mehrheit der Eltern, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Elternrecht zu strangulieren.“

„Nicht mit der CDU zu machen“ ist auch die von Wiesbaden eingeschla-

gene Ausländerpolitik. Wallmann hält hier Börner vor, daß dieser noch 1983 eine Nachzugsgrenze von sechs Jahren für Ausländerkinder aus sozialen und humanitären Gründen für nötig hielt. Heute aber ziehe Hessen die Grenze bei 18 Jahren. Nicht mehr abgeschoben werden dürfe, außer in besonderen Fällen, bis zum 21. Lebensjahr. Der Oberbürgermeister, dessen Stadt einen Ausländeranteil von 22 Prozent hat („ohne die Dunkelziffer“), läßt sich nicht mit dem sozialdemokratischen „Argument“ beruhigen, daß in der Türkei nur rund 1700 18- bis 19-jährige leben, die von der Zugangs-Neuregelung betroffen seien. „Jedermann weiß doch, daß sie potentielle Arbeitslose sind, wenn sie zu uns kommen. Da gibt man den Kindern Steine statt Brot.“ Die „sozial verantwortliche Steuerung“ des Ausländeranteils, der Begriffe wurde noch von der SPD/FDP-Regierung geprägt, ist für Wallmann deshalb Leitmotiv: „Von einer bestimmten Grenze an kann man nicht mehr integriert werden.“

WELT: Frankfurt liegt in der Mitte Deutschlands. Die Stadt verfügt über kulturelle und medientechnologische Ressourcen. Muß es Sie daher nicht bedrücken, daß die Entwicklung etwa auf dem Mediensektor an Frankfurt vorbeigeht?

Wallmann: Es ist sichergestellt, daß wir auch in den Jahren 1987 bis 1989 von der Post flächendeckend mit Kabelnetzen versorgt werden. Aber die entscheidende Frage ist: Dürfen Programme eingespeist werden? Wenn Hessen eine „Medieninsel“ würde, so wäre das auch ein Schritt auf eine „Zweitrangigkeit“ des Landes hin. Schon hat eine große Firma, Heräus, ihren Sitz nach Bayern verlegt. Andere Unternehmen beginnen, darüber nachzudenken. Wir können doch nur Betriebe halten, wenn garantiert werden kann, daß die Stromversorgung zu Tarifen geschieht, die die Unternehmen hier nicht schlechter stellt. Attraktiv bleibt Hessen aber nur dann, wenn auch das Problem der Abfallbeseitigung, der Entsorgung zufriedensetzend gelöst ist. Ich sehe mit großer Sorge, daß sich eine Anti-Haltung, ein Mentalitätswechsel, gegenüber Hessen entwickelt.

### Streit um Rente für Freisler-Witwe

**iz München**  
Bayerns Sozialminister Franz Neubauer (CSU) reagiert unverzüglich auf Meldungen, wonach die ihm unterstellten Sozialbehörden der Witwe des 1945 bei einem Bombenangriff auf Berlin ums Leben gekommenen NS-Blutrichters Roland Freisler eine Schadenausgleichrente zugestanden haben. Neubauer ordnete eine Untersuchung an und erklärte in einer ersten Stellungnahme, nach seiner persönlichen Auffassung sei die Renten-gewährung nicht haltbar.

Der „Freisler-Akt“ wurde der bayerischen Landtags-SPD offenbar direkt aus der Behörde zugespielt. Aus den Unterlagen geht hervor, daß der in München unter geändertem Namen lebende Witwe des berüchtigten Volksgerichtshof-Präsidenten neben ihrer Rente seit 1974 aus der Kriegsgesetzvorsorge auch eine Schadenausgleichrente zugebilligt wird. Diese Zahlung wird bei der Annahme gewährt, der Angehörige hätte ohne die tödliche Kriegseinwirkung weiterhin zum Lebensunterhalt beigetragen.

Im Fall Freisler argumentierte eine Beamtin, Freisler habe zwar Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, aus rechtsstaatlichen Gründen könne aber nicht die Auffassung vertreten werden, daß er, falls er den Krieg überlebt hätte, „zum Tode oder zumindest zum lebenslangen Freiheitsentzug verurteilt worden wäre“.

Empörung löste ein Aktenvermerk aus, der Nazi-Richter, der für mehrere tausend willkürlicher Todesurteile verantwortlich war, hätte nach dem Krieg „als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes“ tätig werden können. Das Ministerium bestätigt diesen Vermerk, betont jedoch, die Versorgungsverwaltung sei bei ihrer Entscheidung nicht von dieser Annahme ausgegangen. Bereits 1982 waren intern Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Rente aufgetaucht, Beamte des Ministeriums erklärten sie jedoch für korrekt. Ein Sprecher des Sozialministeriums erklärte gestern dazu, damals sei versäumt worden, den Vorgang der politischen Spitze des Hauses vorzulegen.

### Flexibilisierung voll ausgeschöpft

**Metall-Abschluß in Nürnberg bremst Forderungen der Gewerkschaft**

**GÜNTHER BADING, Bonn**  
Erstmals ist in der Metallindustrie ein betriebliches Modell gestaffelter Wochenarbeitszeitverkürzung für verschiedene Betriebszweige und Mitarbeiter unterschiedlicher Qualifikation vereinbart worden, das die Möglichkeiten des Tarifkompromisses vom vergangenen Sommer voll ausschöpft. Für die 625 vom Tarifvertrag erfassten Vollzeitbeschäftigten der Mannesmann Demag Kunststofftechnik in Schwaig bei Nürnberg gilt ab 1. April dieses Jahres eine Aufzählung, nach der:  
● 37 Prozent der Beschäftigten künftig 37 Wochenstunden arbeiten,  
● 27 Prozent die von der IG Metall für alle Arbeitnehmer generell verlangte Wochenstundenzahl von 38,5 haben werden, und  
● 36 Prozent nach wie vor 40 Wochenstunden im Betrieb sein werden.

Das nach den wochenlangen Streiks in der Metallindustrie im Juni vergangenen Jahres in Baden-Württemberg vom Schlichter Georg Leber vorgelegte und später im wesentlichen für alle Tarifgebiete übernommene Modell einer flexiblen Wochenarbeitszeitverkürzung sieht - ab 1.

April 1985 - eine Wochenarbeitszeit im Betriebsdurchschnitt von 38,5 Stunden vor. Die individuelle Arbeitszeit kann dabei zwischen 37 Stunden und (wie bisher) 40 Wochenstunden schwanken. Die Ausfüllung dieser Tarifvorschrift muß in den Firmen zwischen Betriebsräten und den Geschäftsleitungen ausgehandelt werden. Die IG Metall hat Ende vergangenen Jahres eine Kampagne gestartet, um „ihre“ Betriebsräte auf eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden für alle Arbeitnehmer eines Betriebs festzulegen.

In Nürnberg kam die Einigung erst in der „tariflichen Schlichtungsstelle“ zustande, die in anderen Tarifbereichen durch die Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz ersetzt wird. Der Betriebsrat und die Vertreter der IG Metall hatten die generelle Verkürzung auf 38,5 Stunden für alle verlangt. Die Geschäftsführung von Mannesmann Demag in Nürnberg wollte dagegen die im Leber-Modell vereinbarte Flexibilisierung. Sie setzte sich damit durch; der Spruch der Schlichtungsstelle ist verbindlich. Das Ergebnis trägt den ver-

schiedenen Aufgabenbereichen Rechnung: Besonders qualifizierte (und damit „teure“) Mitarbeiter sowie die Ansprechpartner für Kunden in der Verwaltung bleiben bei 40 Wochenstunden. In der hochmechanisierten Fertigungsabteilung werden die meisten der qualifizierten Mitarbeiter weiterhin 40 Stunden, ein kleiner Teil 37 Wochenstunden arbeiten. Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Anlage wird eine dritte Schicht (40 Wochenstunden) eingeführt. Dam werden 25 neue Mitarbeiter eingestellt.

Im Montagebereich arbeitet der überwiegende Teil der Facharbeiter künftig 37 Stunden. Meister und andere „Know-how-Träger“ bleiben bei 40 Stunden. Künftig werden 13 Arbeiter auf 12 Stellen eingesetzt, das ermöglicht die Neueinstellungen von etwa zwölf Mitarbeitern. Im gesamten Werk wird es beim Modell differenzierter Arbeitszeit also 37 neue Stellen geben. Geschäftsführer Winfried Witte zur WELT: „Bei einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden pro Woche wäre die dritte Schicht entfallen; es hätte keine Neueinstellungen gegeben.“

### Hürden für leichtfertige Haustürgeschäfte

**K.N. Bonn**  
Mit einer einfachen Erklärung innerhalb einer Woche können in Zukunft sogenannte „Haustürgeschäfte“ wieder rückgängig gemacht werden. Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung gestern ausdrücklich einen Gesetzentwurf des Bundesrates über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften begrüßt und ihn als wichtige Maßnahme zum Verbraucherschutz erklärt.

Der Gesetzentwurf war im November vorigen Jahres im Bundesrat eingebracht worden. In seiner Zielsetzung heißt es, daß Vertragsverhandlungen an Türen, auf der Straße, am Arbeitsplatz, auf sogenannten „Kaffeefahrten“ und vergleichbaren Aktionen die „rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit des Kunden überfordern“. Er könne in der Regel wegen der anderen Angebote prüfen noch nicht den Vertragsabschluss hinreichend überlegen. Unserer Gewerbetreibende nützen dies zur Überumpelung aus und veranlassen Kunden zu Bestellungen; für die überhaupt kein Bedarf bestünde und die auch die Betroffenen in finanzielle Notsituationen bringen könnten.

Das die Haustürgeschäfte kennzeichnende „Überschneidungsmoment“ wird durch das neue Gesetz aufgehoben. Ausgenommen sind nur Bagatelgeschäfte und solche Fälle, in denen es auf vorhergehende Bestellungen des Kunden zu den Vertragsverhandlungen gekommen ist. Auch Verträge, die in Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeit abgeschlossen wurden oder solche ohne geschäftsmäßiges Handeln unter Privaten bleiben von der Neuregelung unberührt. Die Gesamtzahl der Kunden des sogenannten „Direktvertriebes“ wurde 1980 mit 8,75 Millionen angegeben. Jedes „Haustürgeschäft“ habe einen Durchschnittswert von 500 Mark. Aber auch Haustürgeschäfte über 10 000 Mark und mehr, so begründete der Bundesrat seine Gesetzesinitiative vor Weitergabe an den Bundestag, seien heute in der Möbel- und Aussteuerbranche keine Seltenheit.

### Vermummung: CSU bleibt hart

**rt, München**

Die CSU will bei ihrer Forderung nach einem strafrechtlichen Vermummungsverbot bei Demonstrationen gegenüber der FDP keinen Schritt zurückweichen. Generalsekretär Tandler begründete dies im „Bayernkurier“ mit der „aufs neue aufgebrochenen Gefahr des Terrorismus“. Meinungen von Teilen der FDP könnten nicht Richtschnur für die CSU sein, betonte Tandler. Der ehemalige Bundesminister Gerhard R. Baum (FDP) trat dagegen die Ansicht, daß seine Partei bei dem Gesetzeskompromiß ohnehin bereits zurückgesteckt habe. Schließlich sei passive Bewaffnung beispielsweise zum Schutz vor Wasserwerfern lediglich eine defensive Maßnahme von Demonstranten.

### Hamm-Brücher kandidiert nicht

**rt, Bonn**

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher kandidiert auf dem Bundeskongreß ihrer Partei am übernächsten Wochenende in Saarbrücken nicht für den stellvertretenden Parteivorsitz. Frau Hamm-Brücher, die zum linken Parteiflügel gezählt wird, begründete ihre Entscheidung damit, daß bei einer Kampfabstimmung mögliche Mißdeutungen über Flügelkämpfe in der Partei nicht auszuschließen wären und die Partei dadurch zusätzlich belastet würde. Einziger Kandidat für die Nachfolge des zurückgetretenen stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Jürgen Morlok ist damit bisher der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhard.

### Ermittlungen gegen Cassens

**ww, Bremen**

Die Bremer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den niedersächsischen Minister für Wissenschaft, Johann-Tönjes Cassens (CDU). Cassens soll Fremdgelder von dem Notariatskanzlei in Bremen mißbraucht und Scheckmanipulationen vorgenommen haben, behauptet Cassens Nachfolger in der Kanzlei, Werner Hindahl. Der Minister hat die Vorwürfe unterdessen scharf zurückgewiesen. Der Sprecher seines Ministeriums in Hannover, Helmut Khusmann, zur WELT: „Der Minister begrüßt das Ermittlungsergebnis.“ So könne der wahre Sachverhalt schnell aufgeklärt werden. Cassens habe schon zuvor die Bremer Notariatskammer gebeten, für Aufklärung zu sorgen.

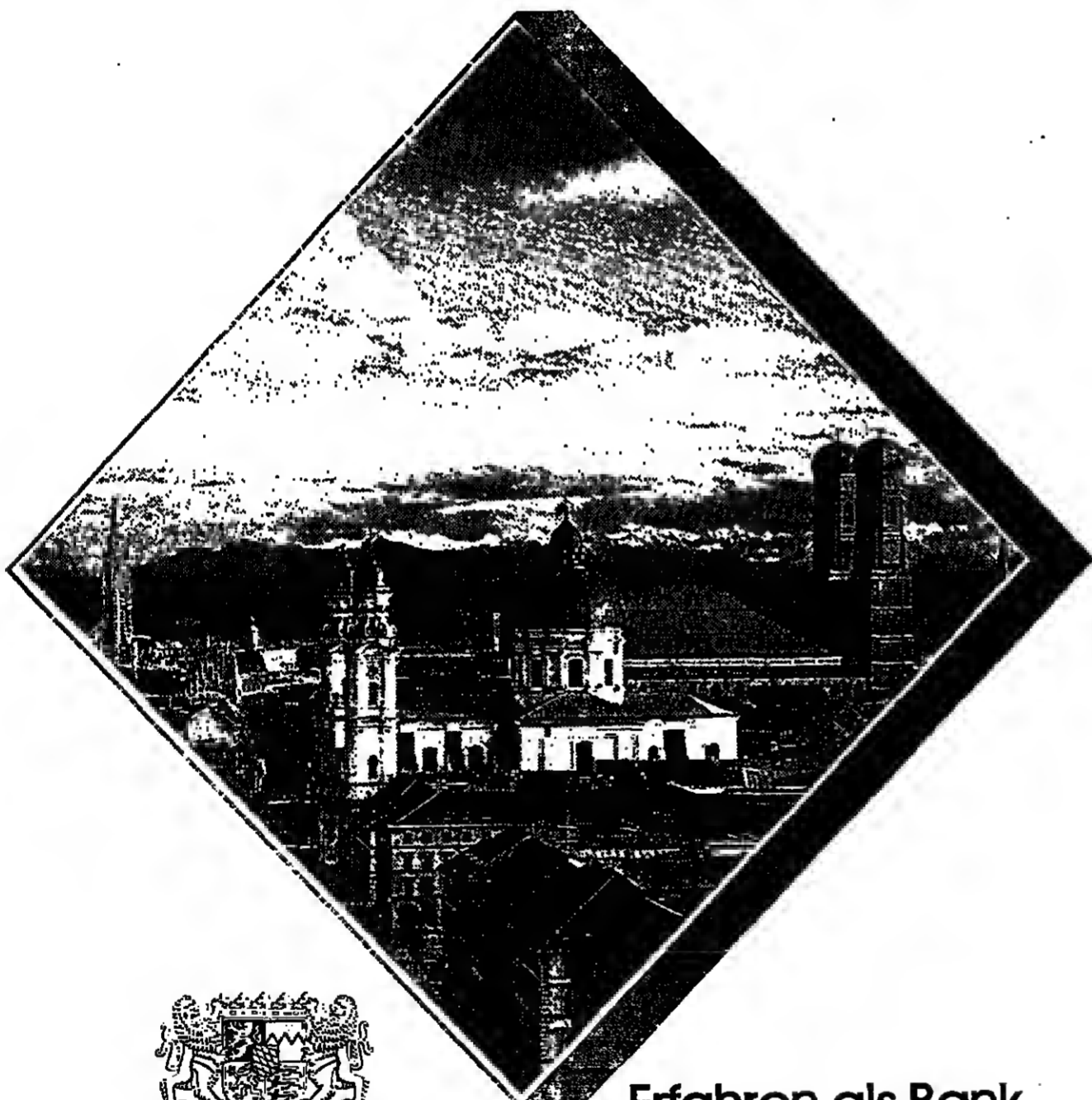
### Wahlerfolg für Opposition in Südkorea

**Regierende Partei errang aber wieder absolute Mehrheit / Hohe Wahlbeteiligung**

**FRED DE LA TROBE, Tokio**  
Bei den Parlamentswahlen in Südkorea am Dienstag gewann die regierende „Demokratische Gerechtigkeitspartei“ mit 148 der 267 Sitze erneut die absolute Mehrheit. Das waren jedoch drei Mandate weniger als beim letzten Umengang vor vier Jahren. Die Wahlen waren die zweiten, seit der ehemalige Fallschirmjägergeneral Chun Doo Hwan 1980 durch einen Putsch an die Macht kam. Diesmal war mit der erst im Januar gegründeten „Neuen Demokratischen Partei Koreas“ (NDPK) eine echte Opposition zugelassen, der ein überraschender Erfolg gelang. Vor vier Jahren gab es für die gegen die Regierungspartei antretenden Gruppierungen kaum Handlungsspielraum. Über 500 bekannten Politikern war jede Wahlaktivität untersagt.

Die „Neue Demokratische Partei Koreas“ wurde mit 67 gewonnenen Sitzen auf Anhieb die größte Oppositionspartei. Von dieser Stelle verdrängte sie die „Demokratische Koreanische Partei (DKP)“, die sich von 81 Mandaten vor vier Jahren auf 35 Sitze verschlechterte. Die von der Presse als „Taifun des Wahlkampfes“ bezeichnete NDPK, hinter welcher der vergangene Woche aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Oppositionspolitiker Kim Dae Jung und sein prominenter Parteigänger Kim Young Sam stehen - beide befinden sich unter Hausarrest und konnten in den Wahlkampf nicht direkt eingreifen -, galt dagegen immer mehr als

das eigentliche Sammelbecken des Widerstands gegen das autoritäre Regime Chun Doo Hwans. Die hohe Wahlbeteiligung von über 84 Prozent spiegelte das Interesse der 24 Millionen wahlberechtigten Südkoreaner an der politischen Entwicklung ihres Landes wider. Unter Chun Doo Hwan herrscht - wenn auch erzwungen - Ruhe und Ordnung, und die Wirtschaft entwickelt sich günstig. Die Wachstumsrate von sieben Prozent im vergangenen Jahr war eine der höchsten in Ostasien. Während die NDPK in Seoul und den anderen Großstädten ansehnliche Gewinne verbuchte, war die „Demokratische Gerechtigkeitspartei“ vor allem in den ländlichen Gebieten stark. In diesen Bezirken verfügt sie über eine straffe Organisation, die sich auf die lokale Prominenz und Polizeiochtern stützt. Der Einfluß des Militärs ist in der Führung der Partei stark, in der sich eine Reihe ehemaliger hoher Offiziere die Schlüsselpositionen gesichert hat. Die NDPK führte den Wahlkampf mit scharfen Angriffen gegen die sich ausbreitende Korruption in den Behörden sowie mit der Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie - vor allem nach Direktwahl des Präsidenten, stärkerem Kontrollrecht für das Parlament, das zu einem Ausführungsorgan des Präsidenten abgeändert ist, nach unabhängigen Gerichten, Pressefreiheit und freien Gewerkschaften. Einige Liberalisierungsmaßnahmen der Regierung in der letzten Zeit wie Amnestie für mit Berufsverbot belegte Politiker und Begnadigung von oppositionellen Hochschullehrern und Studenten wurden als unzureichend bezeichnet. Die Rückkehr des Oppositionsführers Kim aus den USA nach zweijähriger Exil und die Vorfälle nach seiner Ankunft in Seoul - die durch koreanische Sicherheitsbeamte ausgelösten Schlägereien, die von der Polizei bestritten, von den amerikanischen Begleitern Kims aber bestätigt wurden - haben nach Ansicht südkoreanischer Beobachter den Kandidaten der NDPK genützt. Die Presse des Landes durfte zwar darüber nicht berichten, eine wirkungsvolle Flüsterkampagne sorgte aber doch für die Verbreitung dieser Nachrichten. Etwa 60 000 Personen waren am Flughafen erschienen. Eine von der Regierung in Seoul verbreitete Broschüre wirft Kim Dae Jung vor, er sei wortbrüchig geworden. Präsident Chun habe ihm vor zwei Jahren die Reise nach Amerika zu ärztlicher Behandlung nur nach Kims Versprechen erlaubt, daß er sich künftig politisch nicht mehr betätigen werde. Kim erklärte, er sei bereit, zusammen mit Präsident Chun für eine Rückkehr zu echter Demokratie zu arbeiten. Er sei aber gegenüber den Erklärungen des Ex-Generals sehr skeptisch, daß dieser sein Amt 1988 aufgeben und den Weg für einen verfassungsmäßig geregelten Wechsel in der Staatsführung freimachen wolle. (SAD)



Erfahren als Bank -  
verlässlich als Partner

Mit unserem vielfältigen Angebot  
und internationalen Verbindungen stehen  
wir Ihnen als große Universalbank zur  
Verfügung.

**Bayerische Landesbank**  
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in  
Bonn, Frankfurt, London, New York, Singapur, Wien, Toronto, Johannesburg und Luxemburg.  
Sie erreichen uns auch über Btx: \* 38000 #.

### Wer malte den Mann mit dem Goldhelm?

**Fortsetzung von Seite 1**

Rembrandt der Maler des Bildes ist. Tatsächlich gibt es ja nur in Glasgow und Lissabon zwei dem großen Hol- länders zugeschriebene Werke, die unverkennbare Analogie zu malerischen Manier des Mannes mit Gold- helm aufweisen: eine eigentümliche Methode, aus vermisstem Bleiweiß und Bleizinnblei geradezu im Relief- stil das Element Licht „aufzubauen“ und es nicht durch flache Pinselstriche zu imaginieren.

Rembrandt wird heute ohnehin nicht mehr als großer Einzelgänger gesehen, vielmehr könnte auch der Maler des Berliner Bildes ein „Schüler“ gewesen sein, ein hochtalentierter Künstler, der verschiedene Werke mit vergleichbaren Merkmalen geschaffen hat. Denn daß es sich um ein Werk aus der Zeit um 1650, keineswegs um eine Fälschung des 19. Jahrhunderts, handelt, darüber gibt es keine Zweifel. Wie auch immer die Untersuchung ausgehen mag - das Bild käme auf keinen Fall ins Depot. Nur: In den Augen der Besucher würde es einen beträchtlichen Aura-Verlust erleiden. Allerdings dürften auch künftig superschnelle Touristen am Museumsseingang noch nach dem „Mann mit Sturzhelm“ oder „Mann mit dem Stahlhelm“ fragen...

Das eingedringliche Mahnung verstanden sein, den Frieden zu bewahren.“ Insofern ist es eine besondere Pointe, daß jetzt eine in der Militärtechnik erprobte Methode Klarheit über die Herkunft des Goldhelmmannes bringen soll. Die heikelste restauratorische Aufgabe absolvierte Gerhard Pieh, als er vor einigen Jahren das Dürer- „Nüchlein“ mit dem Porträt der Katharina Furlinger in standesetzte - längere Zeit unter Beratung des Chefrestaurators am Metropolitan. Man könnte das Resultat heute gewiß, etwas überpointiert, als intensive Koproduktion der Herren Dürer und Pieh bezeichnen.

Der Mann mit dem Goldhelm, der sich im Besitz des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins befindet, war 1897 von Wilhelm von Bode für umgerechnet 22 000 Reichsmark von den Londoner Kunsthändlern P. und D. Colnaghi erworben worden. Über den zuvorigen Eigentums-Verhältnissen lag, wie über dem Bilde selbst, rätselhaftes Dunkel.

Die Deutung des Gemäldes geht davon aus, der Künstler habe den Kriegsgott Mars „lebensnah und unverwechselbar individuell“ dargestellt. „Martialisches und Unmartialisches sind in dieser Gestalt verbunden und wollen vielleicht aus der aktuellen Sicht der Zeit kurz nach dem Westfälischen Frieden von 1648 als

Daß die Ergebnisse, wenn die For-

Als jetzt bekannt wurde, daß der Mann mit dem Goldhelm in die Werkstatt kommt und sich dort erblich „verändern“ könnte, gab es eine verstärkte Nachfrage von Freunden des Bildes, die es noch einmal im bisherigen Zustand erleben wollten. Ein Anrufer erbot sich sogar, für die Überbrückungszeit eine Kopie an die Gemäldergalerie auszuliehen. Dafür bestand kein Bedarf. Vor zwei Jahren hatte das Museum sicherheitsabhalter ohne weitere Hinweise einen gefälschten Reproduktionsdruck an die Stelle des Originals gehängt, als dieses eine Zeitlang gefährdet schien.

Sleipner explodiert

Es ist schon eine kleine Sensation, wenn jetzt aus London bekannt wird, daß nach fast zweieinhalbjährigem Tauziehen ein Erdgasliefervertrag zwischen Norwegen und Großbritannien geplatzt ist.

Vorteile bei der Auslastung vorhandener Pipe-Kapazitäten. Und schließlich forderte London die Beteiligung britischer Firmen an norwegischen Off-Shore-Anlagen.

Rentneranleihe

J. Seb. (Paris) - Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy setzt seinen guten Ruf aufs Spiel, den er sich als Sozialminister bei der Sanierung der Sécurité Sociale erworben hat.

Neues Energiekonzept

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Für die österreichische Energiepolitik brachte der Dezember 1984 eine Zäsur. Durch die wochenlange Besetzung der "Stopenreuther Au" an der Donau östlich von Wien wurde der Baubeginn eines weiteren großen Donaukraftwerkes - Hainburg - vorerst verhindert.

Der durch die fortschreitende Luftverschmutzung und Meldungen über Waldsterben sensibilisierten Öffentlichkeit setzte die Regierung in Wien daraufhin ein Umweltschutzkonzept vor, in dem die Energiepolitik als Teil der Umweltpolitik dargestellt wurde.

KONJUNKTUR

Exportaufträge bleiben auch 1985 Motor des Wachstums

PETER WEERTZ, Berlin. Mit einer geringen wirtschaftlichen Abschwächung rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im ersten Quartal dieses Jahres.

und im Automobilbau die Diskussion um die Einführung der Katalysatoren. Als nach wie vor schwach beurteilt das Berliner Institut den Auftragszufluss aus dem Inland.

PAPIERINDUSTRIE / Vollbeschäftigt im Aufschwung der Mengen und der Preise

Auch im laufenden Jahr fällt noch kein Schatten auf die Prosperität

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Im Sog des weltweiten Aufschwungs ihrer Branchenkonjunktur hat die deutsche Papierindustrie 1984 ihren Platz als größte in Europa gefestigt und ausgebaut.

Der Präsident des Verbandes Deutscher Papierfabriken (VDP), Carl-Ludwig Graf von Deym, räumt es freimütig ein: Niemand habe den enormen Nachfragesog 1984 vorausgesehen.

Schließlich gingen nur sechs Prozent des Exports in die USA. Stärker drückt die Branche der Dollarkursanstieg beim weltweit nur in Dollar notierten Vormaterial Zellstoff.

UMWELTPOLITIK

Landwirte sperren sich gegen mehr Gewässerschutz

HEINZ HECK, Bonn

Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) kann seinen Novellmentwurf zum Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ins Kabinett einbringen, sobald die Bedenken von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) ausgeräumt sind.

Kiechle, der mit seinem Widerstand im Kabinett allein steht, macht sich dem Vernehmen nach die Bedenken des Deutschen Bauernverbandes zu eigen. Dessen Präsident, Constantin Freiherr von Heereman, hat in einem Schreiben an Zimmermann (mit Kopie an Kiechle) einen angemessenen Ausgleich in Geld für alle Landwirte gefordert, zu deren Lasten Nutzungsbeschränkungen angeordnet werden.

AUF EIN WORT



Die Unternehmen der Bauwirtschaft dürfen nicht am Markt vorbeiproduzieren, und die Bundesregierung darf nicht am Markt vorbeifördern.

MITTELSTAND

Bonn will Unternehmen die Kapitalaufnahme erleichtern

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung will Wettbewerbsnachteile mittelständischer Unternehmen bei der Eigenkapitalbeschaffung abbauen und gleichzeitig die Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital der mittelständischen Wirtschaft fördern.

EG-STAHLSUBVENTIONEN

Deutsche Werke ersuchen Bonn um harte Haltung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der deutsche Stahlproduzentenverband, der Bonn ohnehin auf seiner Seite weiß, hat die Bundesregierung nochmals dringend ersucht, zusätzliche Subventionen des anderen EG-Stahlherstellers abzuwehren.

Geldspritze der Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank stellt der Kreditwirtschaft erneut eine Geldspritze zur Verfügung. Wie die Bundesbank mitteilt, wird über ein neues Wertpapier-Pensionsgeschäft zu einem Zinssatz von 5,7 Prozent den Banken Zentralbankgeld im Volumen von 5,8 Mrd. DM für 32 Tage eingeräumt.

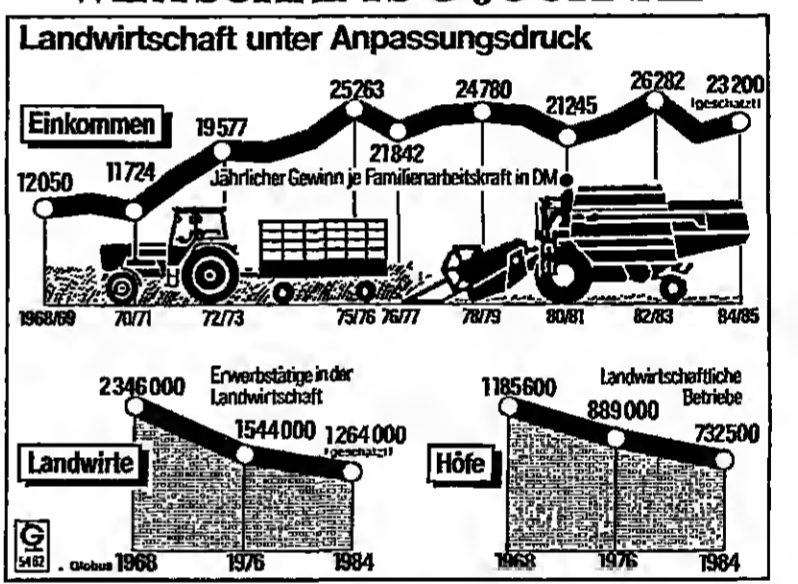
USA / Amerikanisch-sowjetische Wirtschaftskommission besteht seit über zehn Jahren

Handel soll nicht ausgeweitet werden

H.-A. SIEBERT, Washington. Der Chef der internationalen Abteilung im US-Handelsministerium, Staatssekretär Lionel Olmer, reagiert zornig auf Berichte deutscher Zeitungen, wonach die Vereinigten Staaten von ihren europäischen Bündnispartnern Zurückhaltung beim Export in die Sowjetunion verlangten.

chen konstruktiver Zusammenarbeit zu setzen. Außerdem ist der Handel zwischen den USA und der UdSSR noch nicht ganz eingeschlafen: 1984 erreichten die amerikanischen Exporte etwa 2,5 Mrd. Dollar, wovon rund 1,8 Mrd. Dollar auf Getreidelieferungen entfielen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der durchschnittliche Gewinn je Familienarbeitskraft für das laufende Landwirtschaftsjahr 1984/85 wird auf 23 200 Mark geschätzt.

Dresdner Bank erhöht Dividende und Kapital

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Dresdner Bank AG, Frankfurt, will die Dividende für das Geschäftsjahr 1984 von sechs auf 7,50 DM je nominal 50 DM erhöhen.

Nur 28 Prozent Anlastung

Bonn (dpa/VWD) - Der Auslastungsgrad der Kapazitäten im Baugewerbe ist im Januar weiter zurückgegangen: Im Hochbau von 44 auf 38 Prozent, teils der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes am Mittwoch in Bonn mit.

Raffinerien stillgelegt

Köln (dpa/VWD) - Die Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik, die von 1978 bis Ende 1984 um rund ein Drittel auf nunmehr 105,3 MILL. Tonnen abgebaut wurden, werden nach Meinung des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) in Köln möglicherweise sogar noch weiter sinken.

Plus mit Diamanten

Antwerpen (dpa/VWD) - An der Diamantbörse von Antwerpen wurden 1984 Edelsteine im Wert von 311,7 Mrd. Belgische Franc (15,5 Mrd. DM) umgeschlagen.

Höhere Großhandelspreise

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im Januar gegenüber dem Vormonat kräftig um 0,8 Prozentpunkte gestiegen.

Rumasa-Chef verliert

Madrid (rt) - Der spanische Oberste Gerichtshof hat die Klage des früheren Chefs der Rumasa-Holding, José María Ruiz Mateos, gegen die Privatisierung der 18 Banken der Gruppe zurückgewiesen.

USA

Hunt muß Steuern nachzahlen

dpa/VWD, New York
Das US-Finanzamt will bei dem aus Dallas, Texas, stammenden Multimillionär Nelson Bunker Hunt, seiner Frau und drei Kindern im Zusammenhang mit dem Silberkrach von 1980 Steuernachzahlungen und Zinsen von insgesamt 238 Millionen Dollar eintreiben.

Der Zusammenbruch des Silbermarktes vor fünf Jahren war durch die größte Spekulation ausgelöst worden, die je eine Gruppe von Privatleuten unternommen hatte. Die Forderung des Finanzamtes ist auch die größte, die jemals gegen eine Familie erhoben wurde. Die Behörde argumentiert, Hunt und seine Familie hätten 1980 in ihrer Steuererklärung bedeutende Barbeträge als Kredite an Anzeiger

Wenn Sie über das Musikleben orientiert sein wollen: DIE WELT
Bestellschein
Bitte leiten Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis zum nächsten WELT...

GROSSBRITANNIEN / Technologie-Park Cambridge: Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat sich bewährt

Junge Firmen haben schon Milliardenumsätze

WILHELM FURLER, London
Cambridge hat sich zu der „boomtown“ Großbritanniens gemauert, obwohl es kaum Industrieansiedlungen zu bieten hat. Allein in den letzten fünf Jahren sind in und um Cambridge mehr als 4000 neue Arbeitsplätze in fast durchweg kleinen und auf wissenschaftlicher, hochtechnologischer Basis arbeitenden Firmen geschaffen worden.

Biotechnologie befassen. In den letzten Jahren hat sich diese Tendenz sogar beschleunigt: 1983 wurden 32 neue Unternehmen zur Herstellung hochtechnologischer Produkte und Programme geschaffen, im vergangenen Jahr waren es kaum weniger.

Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, was sich hier ereignet hat: eine fruchtbare Verbindung aus wissenschaftlich-technologischen Fach-Kennntnis und unternehmerischem Schwung. Vor rund zwei Jahrzehnten hatte sich die Universität entschlossen, direkte Beziehungen zur Industrie herzustellen.

einen und dem zwischen Glasgow und Edinburgh auf der anderen Seite - liegen die Schwerpunkte beispielsweise auf der Herstellung hochtechnologischer Erzeugnisse für die Anwendungsbereiche Marketing, Vertrieb und Produktion.

STIEBEL ELTRON / Berliner Werk wird ausgebaut

Das Sortiment wird gestrafft

Die Anstrengungen zur Zukunftssicherung begründet Sälleck auch mit dem Hinweis, daß in den Werken Holzminde (1700 Mitarbeiter) und Eschwege (200) keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten bestünden.

Mit dem Ergebnis 1984 ist Sälleck angesichts des Konsolidierungswanges bei Stiebel Eltron zufrieden, absolute Zahlen nennt er nicht. Doch legt er Wert auf die Feststellung, daß Stiebel Eltron immer Gewinn gemacht habe, der in dem Unternehmen geblieben sei.

TEXTILEINZELHANDEL / Ausgaben für Kinder steigen

Preiserhöhungen nur gering

SABINE SCHUCHART, Köln
Die Ausgaben für Babys und Kinder steigen. Allein für Bekleidung wurden in der Bundesrepublik im letzten Jahr pro Kind etwa 420 DM aufgewandt.

1984 nur sehr geringe Preissteigerungen durchgesetzt werden, die deutlich unter der allgemeinen Preissteigerungsrate lagen.

ihre Kinder ausgewiesen, obwohl es sich in Wirklichkeit um Schenkungen handelte.
Hunt hat gegen die Maßnahme beim obersten Steuergesichtshof Berufung eingelegt.

BOLIVIEN / Schuldendienst seit Monaten eingestellt - Arbeitskämpfe verhindern eine vernünftige Lohnpolitik

Nur die Regierung lehnt ein Abkommen mit dem IWF ab

WERNER THOMAS, La Paz
In keiner anderen Nation Lateinamerikas entfalten die Gewerkschaften eine so große Macht wie in Bolivien.

Der offizielle Wert: 50 000 Pesos nach einer kräftigen Abwertung. Die Opposition unterstellt dem Präsidenten eine totale Konzeptionslosigkeit.

sorgen. Hunderte Firmen mußten in den letzten zweieinhalb Jahren schließen. Im Sommer letzten Jahres verließ auch der Böhlinger-Konzern Bolivien.

Der Staat kontrolliert bereits 70 Prozent der Wirtschaft, obgleich er die Banken und den Außenhandel bisher nicht antastete.

FRANKREICH / Bei Lockerung der Devisenkontrollen

Kapitalflucht wahrscheinlich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Etwas irritiert zeigt man sich in Paris über das „Ja, aber“ von Bundesfinanzminister Stoltenberg zur verstärkten privaten Nutzung des Euro.

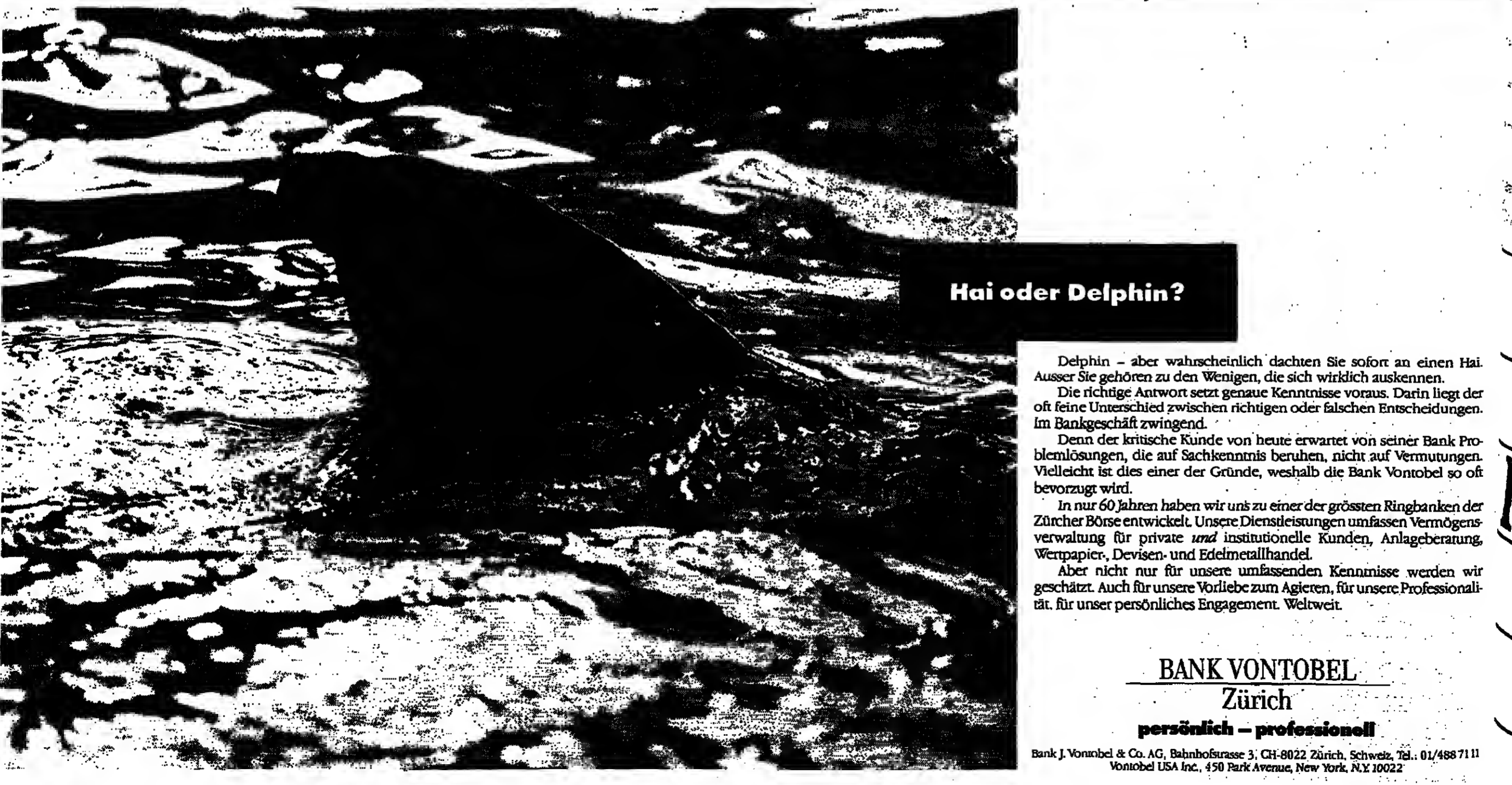
Auch haben sich die von Beregovoy verfügten Erleichterungen zugunsten der Unternehmen in noch sehr engen Grenzen. Alle Importeure wie Exporteure müssen jede Transaktion von mehr als 250 000 Franc bei einer französischen Staatsbank abwickeln.

SUDAN / Das Pfund wurde um 19 Prozent abgewertet

Währungsfonds zählt nicht

dpa/UPI, Khartoum
Der Sudan hat seine Währung um 19 Prozent abgewertet und einen zweiten, begrenzt freigegebenen Kurs eingeführt.

Für den Mann auf der Straße bedeutete die Krise fünfständiges Anstehen nach Brot und auch Benzin, das ohnehin seit dem 1. Februar auf neun Liter die Woche rationiert ist.



Hai oder Delphin?

Delphin - aber wahrscheinlich dachten Sie sofort an einen Hai. Ausser Sie gehören zu den Wenigen, die sich wirklich auskennen. Die richtige Antwort setzt genaue Kenntnisse voraus.

BANK VONTOBEL Zürich

persönlich - professionell
Bank J. Vontobel & Co. AG, Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich, Schweiz. Tel.: 01/488 71 11

Table with columns for 'Bundesanleihen', 'Länder - Städte', 'Bankschuldversch.', and 'Bundesschatz'. It lists various government and municipal bonds with their respective yields and prices.

Renten etwas entlastet
Zwar immer beunruhigt durch den stark schwankenden Dollar, meldeten sich bei den öffentlichen Anleihen auf der vom Vortrag stark ermäßigten Renditebank einige Käufer. Die Kurse konnten sich dort, wo Material gesucht wurde, bis zu 0,50 Prozentpunkte erheben, es gab aber noch Kursrückgänge an den gemauerten Märkten. Die Aktienabschlüsse bis zu 0,70 Prozentpunkte aus. Die 5 1/2 Prozentige schiedrische Escrow-Anleihe (Laufzeit bis 1992) wurde zu 99,50 Prozent in den öffentlichen Handel abgeführt. Sie macht deutlich, welche Renditen zur Zeit erzielbar sind.

Table with columns for 'Industrieanleihen', 'Währungsanleihen', 'Wandelanleihen', 'Düsseldorfer Anleihen', 'Optionscheine', and 'Sonderanleihen'. It lists various corporate and specialty bonds.

Table with columns for 'Wandelanleihen' and 'Ausländische Aktien in DM'. It lists convertible bonds and foreign stocks.

Table with columns for 'Ausländische Aktien in DM'. It lists various foreign stocks from different countries.

Table with columns for 'Warenpreise - Termine'. It lists prices for various commodities like wheat, sugar, and oil.

Table with columns for 'Die Fette, Tierprodukte'. It lists prices for various animal products and fats.

Table with columns for 'Wolle, Fasern, Kautschuk', 'Zinn-Preis Penang', 'Deutsche Alu-Gießlegierungen', 'Erhärtungen - Rohstoffpreise', 'Westdeutsche Metallierungen', 'Edelmetalle', 'New Yorker Metallbörsen', 'Londoner Metallbörsen', and 'Internationale Edelmetalle'. It lists prices for metals, rubber, and other commodities.

Large advertisement for 'Schleswig-Holstein' featuring the headline 'DM 696.000 - GERINGERER KAPITALDIENST BEI 2 MO DM INVESTITION.' It includes a coupon, a map of Schleswig-Holstein, and contact information for the investment company.

Aktien auf breiter Front erholt

Wieder Auslandskäufe - Porsche zieht davon

Der Börsenbeginn stand zunächst im Zeichen einiger Anlagelieferanten...

dem Ausland kamen. Sie betrafen zwar nur wenige Papiere, führten aber teilweise zu sprunghaften Kurssteigerungen...

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for Aktienumsätze, Aktiennotierungen, and Ungeregelt/Freiverkehr. Includes sub-sections for Frankfurt, Hamburg, München, and Stuttgart.

Table titled 'DM-Anleihen' listing various bonds with columns for issuer, maturity, and price.

Table titled 'Ungeregelt/Freiverkehr' listing unregulated securities and their market data.

Table titled 'Ausland' listing foreign stocks with columns for company name and price.

Table titled 'Goldmünzen' listing gold coins with columns for type, weight, and price.

Table titled 'Devisen und Sorten' listing exchange rates and currencies.

Table titled 'Devisenmärkte' listing international exchange rates for various currencies.

Table titled 'Euro-Geldmarktsätze' listing Euro money market rates.

Table titled 'Devisenterminkauf' listing forward exchange rates and related market data.



CHEMISCHE WERKE HÜLS / Neue Schwerpunkte

Dividendenpause ist zu Ende

J. GEHLEHOFF, Düsseldorf

Die im Umsatz fünfgrößte deutsche Chemie-Gruppe, die Chemische Werke Hüls AG, Mari, will nach dreijähriger Pause der Konzernmutter Veba AG für 1984 wieder Dividendenbesuchen. Hätte es 1983 statt Großreinemachen in der Problemparte Düngemittel schon zu zehn Prozent Dividende gereicht, so deutete nun Vorstandsvorsitzender Prof. Carl Heinrich Krauch im ersten Rückblick auf das prächtige Chemiejahr 1984 noch Besseres an: Aus voraussichtlich 100 (-) Mill. DM Jahresüberschuss könnten es leicht mehr als zwölf Prozent Dividende auf 480 Mill. DM Aktienkapital werden.

Krauchs Vorbehalt, daß beim Dividendenbeschuß im April natürlich auch das aktuelle Geschäft mitspielt, ist eher formalistisch. Denn zuversichtlich, wenn gleich mit der Erwartung eines „deutlich verhaltenen Wachstums“ (zumal wegen der Baufaute), sieht Hüls auch das neue Jahr. Das alte brachte Plusraten im Umsatz von fast elf Prozent auf 5,47 Mrd. DM bei der AG - davon 44,6 (43,5) Prozent aus Export - und von knapp zwölf Prozent auf 6,26 Mrd. DM in der Gruppe. Der Absatz der AG wurde um ein Prozent auf 4,3 Mill. Tonnen gesteigert. Die Kapazitäten waren im vergangenen Jahr zu 82 Prozent ausgelastet gegenüber 74 Prozent im Vorjahr.

Nach mehrjähriger Schrumpfungskurve hat die AG 1984 mit 15 561 (15 968) Beschäftigten ihr für die nächsten Jahre als stabil anvisiertes Niveau erreicht. Die auf 107 (247) Mill. DM gesunkenen AG-Sachinvestitionen sind in der Fünfjahres-Planung ab 1985 mit einer Durchschnittsrate von 300 Mill. DM angesetzt. Davon sollen zirka 40 Prozent in „Offensivprogramme der Sparten“ und 26 Prozent in neue Geschäftsfelder fließen. Bereits 1985 soll auch der Forschungsaufwand deutlich erhöht werden.

Angedeutet wird damit eine Konsequenz und beschleunigte Fortsetzung jener Strukturverbesserung, mit der dieser einst fast nur auf besonders konjunkturenfühlige Massenware konzentrierte Chemie-Produzent seit einigen Jahren um den Vormarsch in „höherwertigen und Serviceorientierten“ bemüht. Mit Erfolgen auf diesem „Weg in die Spezialitäten“ erklärt der Hüls-Vorstandsvorsitzende auch einen Teil des im vergangenen Jahr erzielten Umsatzwachstums. So habe der neugebildete Geschäftsschwerpunkt „Organische Spezialprodukte und Feinchemikalien“, der um eine Reihe neuer Produkte erweitert wurde, 48 Prozent Umsatzanstieg erreicht. Auch das neue Geschäftsfeld „Pulverkauschuk“ entwickelte sich positiv.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlotteburg; Gerlach GmbH; Eberhard Fleming; Inh. d. Manfred Öffener; Kluge-Liftung; Microflin Peters KG; Nachl. d. Siegfried Kruse; Dr. Lein Unternehmensberatung GmbH; P. B. Contor Wirtschaftsberatungs-ges. mbH; Bad Pymont; Nachl. d. Alois Peter Erich Becker; Celler; Eugen Markwardt; Fliesenlegermeister; Neinhagen; Duisburg; Alfred Walter Sumus; Kaufmann; Mörs; Kme-horn; Koch-Haus GmbH; Tornesch; Hamburg; Jürgen Detlef Suhl KG; EG Panatlantique Internationale Transporte GmbH; KG Röseler & Consorten; Panatlantique Airfreight GmbH; Panatlantique Lagerhaus GmbH; Panatlantique-Reisen GmbH; Heilbronn (Neckar); Volker Kempen; Großbottwar; Hildesheim; Nachl. d. Renate Zahn geb. Jand; Nachl. d. Ingrid Webb geb. Müller; Iselhoe; Struck-Baumunternehmung GmbH; Kellinghusen; Katerslatten; Robert Schulz Bedachungen GmbH; Rodenbach; Kasse; Atrium Bauges. mbH; Kiel; Kay Stutz, Inh. d. Kay

Statz, Tiefbaunternehmung; Lötting-hausen; Go-Kleid Koglin & Schmitzer GmbH; Ascheberg; Go-Kleid Koglin & Schmitzer GmbH & Co. KG; Ascheberg; Weppen; Hucc-Bekleidungs GmbH; Minda; Karl F. Lühr sen.; Montabaur; Ceramano Keramik-Vertrieb GmbH; Ransbach-Baumbach; Weik GmbH Westerbüder Geschirz-industrie; Ransbach-Baumbach; Oidenburg; Nachl. d. Max Will Peschke; Döttingen; Passau; Franz Hober Kaufmann; Sögewerk-Fahndudel; Pflanzel; Seitzensack; Egon Hein; Kaufmann; Hainburg; Seest; Alexan-der Cartell GmbH; Betonsteinwerk; Anschluss-Konkurs eröffnet: Han-nover; Neue Continentale Bauges. mbH; Niebüll; Fritz Lohr Immobilien GmbH, Westerland/Sylt. Vergleich beantragt: Bergheim; Steffens & Walters GmbH; Kerppe-Türlich; Bremen; Bremer Möbel Groß-Lager GmbH & Co. Einzelhan-dels KG; Hamburg; Hans-Joachim Cloeters, Kaufmann.

MTU / Bei knapp gehaltenem Umsatz ist das Auftragspolster gewachsen - Noch kein Nachfolger für Zimmermann

Der zivile Bereich soll weiter ausgebaut werden

DANKWARD SEITZ, München

Ganz unter dem Eindruck des brutalen Mordanschlags auf den Vor-sitzenden der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen-Union, Ernst Zimmermann, stand die seit langem geplante, routinemäßige Frühjahrspressekonferenz der MTU-Gruppe, München/Friedrichshafen. An eine Absage, so der stellvertre-tende Vorsitzende Hans Dinger, habe man nie gedacht; statt sich dem Ter-ror zu beugen, werde man die Arbeit in diesem Unternehmen - ganz im Sinne Zimmermanns - unbeirrt wei-terführen. Über einen Nachfolger ver-mohte Dinger noch nichts zu sagen. Dies sei Sache der beiden MTU-Ge-sellschafter Daimler-Benz und MAN.

Entscheidung wurde vertagt

dpa/VWD, Friedrichshafen

Die öffentlichen Auftraggeber des Luftfahrtkonzerns Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, sind of-fenbar besorgt über die fraglichen Kündigungen des Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer und des kaufmännischen Vorstandes Karl-Wilhelm Schäfer. Wie der stellvertre-tende Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens, Alois Laus, in Mün-chen mitteilte, seien „höchste Stel-len“ beurlaubt. Dornier fertigt unter anderem das Schulungsflugzeug „Al-pha Jet“ für die Bundeswehr. Laus forderte die zerstrittenen Mitglieder der Familie Dornier auf, endlich klare Verhältnisse zu schaffen.

Das Landgericht Ravensburg hat seine Entscheidung über die von den Arbeitnehmervertretern beantragte einstweilige Verfügung auf den 21. Februar vertagt. Dies teilte der Be-triebssrat Friedrichshafen mit. Mit der Verfügung sollte die Ablösung Fi-schers und Schäfers sowie die Einset-zung von Rainer Hainich beziehungs-weise Konrad R. Lissmann zu deren Nachfolgern außer Kraft gesetzt wer-den. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat hatten ihren Schritt mit Ver-fahrensverfahren bei der Aufsichts-ratsitzung am vergangenen Samstag begründet.

nach vorläufigen Zahlen mit 2,15 (2,2) Mrd. DM nahezu unverändert gehal-ten werden. Der Auftragszugang lag mit 2,5 (2,5) Mrd. DM weiterhin auf hohem Niveau. Das Auftragspolster per Ende 1984 wuchs sogar um rund elf Prozent auf 3,8 Mrd. DM. Dies stimmt zusehends, 1985 bei gleichbleibender Anlastung wieder einen Umsatz von 2,2 Mrd. DM errei-chen zu können.

Der Umsatz der MTU München - hier ist der Strahltriebwerks-Bau konzentriert - stieg 1984 auf rund 1,14 (1,03) Mrd. DM. Wichtigster Umsatz-träger blieb hier mit etwa 68 Prozent der militärische Bereich mit der Fer-tigung des Tornado-Triebwerks. Der Auftragszugang ermäßigte sich zwar um sechs Prozent auf rund 1,6 Mrd. DM, dennoch verbesserte sich der Auftragsbestand um rund 20 Prozent auf 2,5 Mrd. DM.

Unverändert erklärtes Ziel von MTU ist es, bis Ende der 80er Jahre

den zivilen Anteil in diesem Bereich auf über 50 Prozent auszubauen. Din-ger bezeichnete dies als eine „Frage der wirtschaftlichen Vernunft“. Denn wenn dies nicht gelingt, drohen we-gen der 1988 auslaufenden Tornado-Triebwerksproduktion längere Aus-lastungslücken.

Daher will man künftig mit dem Einsatz aller finanziellen und techni-schen Mittel sich an der Entwicklung aller künftigen Triebwerke für die Zivilluftfahrt mit zehn bis elf Prozent beteiligen. Allein 1985 soll daher der eigene Entwicklungsaufwand in München auf 80,3 (40,5) Mill. DM stei-gen. Die Hoffnungen richten sich hier vor allem auf die Triebwerke JT8D, das 1984 schon einen Auftragszei-gung von 180 Mill. DM brachte, und das V 2500 für den Airbus A 320, dessen Produktionsanlauf mit einem Pan-Am-Auftrag im Wert von 125 Mill. Dollar gesichert ist. Deutliche Spuren hat 1984 die weltweit stagnierende

Nachfrage nach Dieselmotoren bei gleichzeitig hohen Überkapazitäten bei der MTU Friedrichshafen hinter-lassen. Der Umsatz fiel um knapp zwölf Prozent auf 1,01 Mrd. DM. Der Auftragszugang nahm auf 0,96 (1,18) Mrd. DM ab; entsprechend verringerte sich der Auftragsbestand auf 1,26 (1,3) Mrd. DM, dessen Abwicklung sich bis ins Jahr 1987 erstreckt. Einen nach wie vor hohen Anteil am Ge-schäft haben Schiffsmotoren. Der mi-litärische Anteil - Motoren für den Leopard 2 - liegt bei 23 Prozent.

Nach den Worten von Dinger kann Friedrichshafen nicht als „Sorgen-kind“ der Gruppe bezeichnet werden. Auf jeden Fall könne die Beschäfti-gung der 5773 Mitarbeiter aufrechter-halten werden. Und man sei zusehends, mit Sonderentwicklungen für schwere Lkw und bei Stromag-gregäten die Lücken schließen zu können, wenn die Motorenproduk-tion für den Leopard 2 ausläuft.

KRAUSS-MAFFEI

Bonn befürwortet die Übernahme

sz/dpa, München

Nun befürwortet auch nach an-fänglicher Ablehnung das Bundes-verteidigungsministerium die Über-nahme der zum Flick-Konzern gehö-renden Münchner Krauss-Maffei AG durch eine Industrie- und Banken-gruppe, zu der unter anderem auch die MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm gehört. Dies teilte der bayeri-sche Finanzminister Max Streibl, der auch MBB-Aufsichtsratsvorsitzender ist, gestern vor dem Landtag in Mün-chen mit. Nach seinen Worten wird Verteidigungsminister Manfred Wör-ner auch gegenüber dem Bundeskar-tellamt, das im Vorfeld der Verhand-lungen bisher starke Bedenken gegen dieses Vorhaben geäußert hatte, die-se Lösung favorisieren.

Viel Zeit bis zur endgültigen Über-nahme, so Streibl, bleibe allerdings nicht mehr, denn inzwischen sei nach der britischen Vickers-Gruppe ein zweiter ausländischer Interessent auf den Plan getreten. Einen Namen nannte Streibl allerdings nicht. Er-wartete aber noch einmal vor einer ausländischen Lösung. Zudem wün-sche auch Wörner mit Rücksicht auf die deutschen Verteidigungsinter-essen eine Übernahme der Münchener Firma durch inländische Unterneh-men.

Entschieden wandte sich Streibl auch gegen die Behauptung, daß mit dem Erwerb im Raum München eine Anhäufung von Rüstungsbetrieben erfolge. Es werde nichts nach Mün-chen verlagert, was nicht ohnehin schon hier sei. Bedenken solle man auch, daß bei Krauss-Maffei zwar rund 80 Prozent des Umsatzes auf die Wehrtechnik entfalle, aber nur etwa 30 Prozent der Beschäftigten in die-sem Bereich arbeiteten. Aus bayeri-scher Sicht gelte es, die insgesamt etwa 5000 Arbeitsplätze zu sichern und in Bayern zu halten.

Ausdrücklich betonte Streibl, daß das Übernahmekonsortium „weder von MBB, noch vom Freistaat ferne-steuert“ sei. Keinem der Beteiligten komme nach den abgesprochenen Quoten ein dominierendes Gewicht zu. Das Engagement der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LFA), die einen Anteil von 25,45 Prozent erwerben will, könne nicht als Staats-lösung bezeichnet werden. Die LFA wäre jederzeit bereit, „ihre Position zugunsten eines privaten Interessen-ten zu räumen, wenn die bayerischen Belange gewahrt werden“.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Telefunken-Führung

Hannover (Wb.) - Die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Han-nover, hat wieder eine „ordentliche“ Geschäftsführung. In seiner gestri-gen Sitzung bestellte der Aufsichtsrat Manfred Schmidt (Sprecher und Res-sort Marketing), Wilhelm Kahle (Ver-trieb Inland), Gerald Peikert (Perso-nal) und Pierre-Jean Ravier (Finan-zen) in die Führungsspitze. Zu Ge-schäftsführern der Produktionsstoc-ker NEWEK Neue Elektronik-Werke GmbH wurden Rudolf Barkhuis und Gerald Peikert ernannt. Bernard Gil-liot, von der Muttergesellschaft Thomson (Paris) kommissarisch in die Geschäftsführungsfunktionen eingesetzt, zieht sich jetzt wieder auf seine eigentliche Position des Gene-ralbevollmächtigten der deutschen Thomson-Dachgesellschaft DAGFU zurück. Die Neubildung der Ge-schäftsführung war notwendig ge- worden, nachdem im Oktober 1984 der Telefunken-Vorstand unter Josef Stoffels geschlossen zurückgetreten war.

Ungebremsste Talfahrt

München (dpa/VWD) - Das Com-puterhaus Tewidata AG Gesellschaft für technisch-wissenschaftliche Da-tenverarbeitung, München, ist weiter auf Talfahrt. Nach einem vorgelegten Aktionärsbrief ist für das abgelaufene Geschäftsjahr 1984 ein Verlust von 6 Mill. DM nicht auszuschließen. 1983 waren es noch 3,57 Mill. DM Verlust gewesen. Der Gesamtumsatz von 39,0 Mill. DM blieb sowohl hinter dem Planziel als auch hinter dem Vorjah-reswert (40,8 Mill. DM) zurück. Rote Zahlen schreibt nach dieser Darstel-lung vor allem der Hardwarebereich, der über 50 Prozent des gesamten Geschäftes ausmache. Die Auftrags-eingänge stiegen dagegen diesen An-gaben zufolge um 1,8 Mill. DM auf 42,8 Mill. DM.

Rickmerswerft in Gefahr

Bremen (dpa/VWD) - Die in Zah-lungsschwierigkeiten geratene Werft Rickmers Rhederei GmbH in Brem-

geschlossenen. Die Aktionäre könnten wieder mit einer angemessenen Divi-dende rechnen, so der Zwischenber-richt. Die Umsätze wuchsen 1984 um knapp 5 Prozent auf 211 Mill. DM, die Auftragsgänge um knapp 6 Pro-zent auf 214 Mill. DM.

erhaven ist in Gefahr. Wie der Bremer Wirtschaftsminister Werner Lenz (SPD) mitteilte, liefen derzeit Ver-handlungen zwischen Vertretern des Landes Bremen und der Banken über die Vorfinanzierung von vier Schif-fen. Falls es zu keiner Einigung kommt, müsse „man damit rechnen, daß es mit Rickmers zu Ende geht“, sagte Lenz. Die Werft, bei der knapp 1 200 Arbeitnehmer beschäftigt sind, hatte nach Verhandlungen mit den Banken ihren Bürgschaftsantrag beim Senat von 50 auf 24 Mill. DM ermäßigt. Der Senat beschloß am Dienstagabend, zehn Mill. DM zur Verfügung zu stellen, wenn die Ban-ken ihrerseits „dabei bleiben, bis die Finanzlücken geschlossen sind“, sag-te Lenz. Die Stadt Bremerhaven er-wägt zusätzlich, zehn Mill. zur Ver-fügung zu stellen.

Sieben Prozent Plus

Koblenz (dpa/VWD) - Der schwedi-sche Lastwagen-Hersteller Scania hat 1984 in der Bundesrepublik 1 198 Lkw verkauft, sieben Prozent mehr als 1983. Scania Deutschland lag über-desweit mit Lkw in der Klasse über 16 Tonnen Gesamtgewicht wie im Vorjahr auf Platz drei der Zulassungsstatistik. Der Umsatz ging je-doch von 176 auf 172 Mill. DM zurück.

KKK zufrieden

Frankenthal (Wb.) - Die AG Kühn-le, Kopp & Kausch, Frankenthal, hat das Jahr 1984 mit „insgesamt gesehen zufriedenstellenden“ Ergebnissen ab-

Ein Hauch von Paradies nach Bangkok.



Zweimal wöchentlich über Colombo. Mit Airlanka, die im Paradies zu Hause ist.

Unsere Freitags- und Sonntagsflüge haben direkten Anschluss nach Bangkok. Oder fliegen Sie doch mit uns am Mittwoch und genießen Sie eine entspannende Pause. Auf der Strecke bieten wir Ihnen den Service von einer so sanften Wärme, wie er nur von Menschen kommen kann, die im Paradies leben.



Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an: Airlanka, Bethmannstr. 58, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 38 13 95.

WIR STELLEN UNS IHREN ANFORDERUNGEN.

Advertisement for DG LEASING, featuring logos for AMG Industrie und Handels-Leasing GmbH and AMG Auto-Miete GmbH, and the slogan 'No Leasing'.

UNSERE NAMEN ÄNDERN SICH. KOMPETENZ UND ERFAHRUNG BLEIBEN.

DG LEASING logo

Flugplatzstraße 21 - 8078 Ngen-Isenburg 4 (Zappeltshausen) - Telefon 0 69/69 75-1 - Telex 4 14 865

Die AMG Industrie und Handels-Leasing GmbH, die AMG Auto-Miete GmbH und die GENO Leasing GmbH, Hamburg, firmieren künftig unter einem Dach: DG LEASING.

Wir verdeutlichen damit die solide Basis unseres Gesellschafterkreises, der DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank und sieben regionaler genossenschaftlicher Zentralbanken.

Und wir wollen auch die Grund-sätze und Vorzüge dokumentieren, die unsere gemeinsame Arbeit auszeichnen: Solidität, Kreativität und Individualität.

Rechnen Sie mit unseren Vor-teilen. Fordern Sie uns.

# 14.2.85

Valentinstag. Fest der kleinen Aufmerksamkeiten für alle, die sich mögen. Und weil Herr Fröhlich zwar seine Mitarbeiter mag, aber nichts von Schnickschnack hält, hat er für seine Mannschaft in Sachen Organisation gleich Nägel mit Köpfen gemacht. Er investierte in den SPERRY PC, der ihm mehr als nur eine Insellösung bot. Nämlich ein komplettes



Wenn auch Sie Ihre Organisation in den Griff bekommen möchten, nehmen Sie sich ein Herz: Rufen Sie an oder schicken Sie den Coupon an Sperry.

Netzwerkssystem für seine Mitarbeiter. So hat jeder nicht nur ein selbständiges, vollwertiges EDV-System für seine eigenen Aufgaben, sondern darüber hinaus können alle Mitarbeiter auf eine einzige zentrale – und immer aktuelle – Kundendatei über das Netzwerk zugreifen.

So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen.

Mit dem Mehr an Leistungen, Funktionen und Möglichkeiten, das jede Abteilung autark macht und effizienter arbeiten läßt. Und daß Lager, Einkauf und Finanzabteilung jetzt gleichzeitig mit derselben Datei operieren können, zahlt sich für Herrn Fröhlich aus. Zudem schätzt Herr Fröhlich, daß teure Peripheriegeräte wie Plattenspeicher und schnelle Drucker mit einer einmaligen Anschaffung von der ganzen Mannschaft genutzt werden können. Herr Fröhlich weiß auch, daß sein Netzwerkssystem in Zukunft reibungslos funktionieren wird. Denn dafür stehen die Computer-Profis von Sperry mit ihrer großen EDV-Erfahrung gerade.



Der SPERRY PC: Nutzung des größten Softwareangebots, 100% kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle ab 128K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter“, einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus. Schnelle telefonische Kontaktaufnahme: 069/459085

Name \_\_\_\_\_  
Firma \_\_\_\_\_  
Position \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

**Sperry. Die Computer-Profis:  
Wir glauben an die bessere Idee.**



druck



